Die Europäische Zollunion

Ideengeschichtliche Studien

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Universität zu Rostock

vorgelegt von

Heinrich Blaesner
Diplomvolkswirt

Rostock
Carl Hinstorffs Hofbuchdruckerei
1929

Referent: Professor Dr. Seraphim.

Meiner lieben Braut!

Stoffeinteilung.

Einleitung: Begriff und Wesen der europäischen Zollunion.

1. Hauptabschnitt: **Die Strukturveränderungen der Weltwirtschaft, durch die Europa aus seiner Weltherrschaftsstellung zurückgedrängt und durch die der Gedanke der europäischen Zollunion zum Teil hervorgerufen ist.**

   1. Die Industrialisierung der überseeischen Neulandgebiete.
   2. Die völlige Umkehrung der Schuldverhältnisse zwischen Europa und den außereuropäischen Ländern, insbesondere Amerika.
   3. Verarmung Europas durch den Weltkrieg, durch zerrüttete Währungen und ähnliches.
   4. Die durch den Weltkrieg erfolgte Zersplitterung Europas.
   5. Der Absatzmangel und der Rückgang des Außenhandels der europäischen Länder im Vergleich zur Vorkriegszeit.
   6. Der Rückgang der Produktion und des Verbrauchs in Europa sowie ähnliche Erscheinungen, die den Gegensatz zwischen Europas schlechter und Amerikas guter Wirtschaftlage beleuchten.

2. Hauptabschnitt: **Voraussetzungen zur Bildung einer Zollunion.**

   1. Geographische,
   2. national-psychologische,
   3. wirtschaftliche.

3. Hauptabschnitt: **Ideengeschichtliche Parallelen zur europäischen Zollunion.**

   1. Die Vorläufer des Gedankens der Vereinigten Staaten von Europa als politische Einheit auf pazifistischer Grundlage.
   2. Friedrich List und der Deutsche Zollverein von 1834.
   3. Monroedoktrin und Panamerika.
   4. Die Wolff'sche Idee des Europäischen Wirtschaftsbundes.
   5. Naumanns Mitteleuropa.

4. Hauptabschnitt: **Darstellung der verschiedenen Personen und Programme, die sich heute für die europäische Zollunion einsetzen.**

   1. Graf Coudenhove-Kalergi und die Paneuropäische Union sowie sein Anhänger Paul Göhre.

2. Der Bund für europäische Verständigung.
3. Prinz Karl Anton Rohan und der von ihm gegründete internationale Verband für kulturelle Zusammenarbeit.
4. Die Ideen der katholischen Zeitschrift „Abendland".

5. Hauptabschnitt: **Analyse der verschiedenen Ideenrichtungen bei den europäischen Zollunionsplänen.**
1. Die Idee der Solidarität der europäischen Völker und die Staatsidee.
2. Die Beziehungen der Freihandelsidee zur Idee der europäischen Zollunion.
3. Pazifismus und Paneuropa.
4. Imperialismus und Paneuropa.
5. Die Berührungspunkte des Sozialismus mit der paneuropäischen Idee.
6. Die Stellung der kapitalistischen Wirtschaftsführer zur europäischen Einigung.
7. Katholizismus und Paneuropa.
8. Paneuropa und der Völkerbund.

6. Hauptabschnitt: **Betrachtung der Schwierigkeiten, die sich der Schaffung der europäischen Zollunion in den Weg legen.**

7. Hauptabschnitt: **Darstellung der seit dem Weltkriege bereits bestehenden Ansatzpunkte zur Bildung von Zollunionen oder Wirtschaftsgemeinschaften innerhalb Europas.**
1. Die internationalen europäischen Kartelle.
2. Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz von 1927.
3. Die Ansatzpunkte zur Bildung der deutsch-österreichischen Wirtschaftsgemeinschaft.
4. Zollunion Lettland-Estland.
5. Die Danzig-Polnische Zollunion.

Schlußbetrachtung.

Literatur.

Adam, Das Wesen des Katholizismus, Augsburg 1924.

Apponyi, A., Katholizismus und Internationalismus in Abendland 1, 4.

Becker, Werner, Die neue Politik Pius XI. in Abendland 2, 5.

Brinkmann, Karl, Imperialismus als Wirtschaftspolitik in: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, Band 1: Wirtschaftspolitische Ideologien. München und Leipzig 1925.

Bosc, L., Zollalliancen und Zollunionen, Verlag von Elwin Staude, Berlin 1907.

Braun, Adolf, Europäische Zollunion in „Gesellschaft" 2, 11.

Coerper, Fritz, Das wirtschaftliche Europa, Verlag „Der Neue Geist", Leipzig 1926.

Cohen-Reuß, M., Oestliche und kontinentale Orientierung, in „Sozialistische Monatshefte", Dezember 1926.

— Die wirtschaftliche Annäherung der europäischen Völker, in Deutsche Wirtschaftszeitung 23, 4 und 5.

Coudenhove-Kalergi, Paneuropa, Paneuropaverlag, Wien—Leipzig 1924.

— Praktischer Idealismus, Adel, Technik, Pazifismus. Paneuropaverlag 1924. „Paneuropa"-Zeitschriften von April 1924 bis Oktober 1928.

Eulenburg, Franz, Probleme der deutschen Handelspolitik. Jena 1925.

— Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit in „Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik" in Wien 1926.

Fried, Alfred, Handbuch der Friedensbewegung, 2. Auflage. Teil 1. Leipzig 1911. Teil 2. Berlin und Leipzig 1913.

— Die Grundlagen des revolutionären Pazifismus. Tübingen 1907.

— Die Forderungen des Pazifismus. Zürich 1916.

Funk, Martin, Die Danzig-Polnische Zollunion, in „Probleme der Weltwirtschaft". Verlag von Gustav Fischer, Jena 1926.

„Für die Vereinigten Staaten von Europa" in „Die Menschenrechte", Organ der Deutschen Liga für Menschenrechte, Jahrg. 1, 1926, Nr. 7.

Göhre, Paul, Deutschlands weltpolitische Zukunft. Verlag von K. Bowinkel 1925.

Harms, Bernhard, Strukturwandlungen der Weltwirtschaft, in Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien 1926.

Heiler, Friedrich, Der Katholizismus, seine Idee und seine Erscheinung. Verlag von Ernst Reinhardt, München 1923.

Hantos, Elemer, Der Europäische Zollverein, in Weltwirtschaftliches Archiv 23, 2.
Heimann, Hans, Europäische Zollunion. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1926.
Heyer, Karl, Die Krise der Staatsidee, Abendland 2, 5.
Hoeniger, Robert, Die Kontinentalsperre und ihre Einwirkungen in Deutschland. Verlag von L. Simmon Nachf., Berlin 1905.
Hobson, J. A., Der wirtschaftliche Zusammenschluß Europas, in Gesellschaft 1926, S. 322—333.
Kampfmeyer, Paul, Deutsche und europäische Konförderation, in Sozialistische Monatshefte, September 1925.
— Zur europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, in Sozialistische Monatshefte, Januar 1926.
Kant, Zum ewigen Frieden, in Kants Werke, V. Bd. Verlag von Mode und Baumann, Leipzig 1838.
Kleineibbst, Richard, Vereinigtes Angelsachsentum gegen sich einigendes Europa, in Sozialistische Monatshefte, März 1927.
Langevien, Paul, Vortrag über den Verband für kulturelle Zusammenarbeit, in „Europäische Revue", 1, 11.
List, Friedr., Das nationale System der politischen Oekonomie: Der internationale Handel, die Handelspolitik und der deutsche Zollverein. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1920.
Lotz, Albert, Europa oder Abendland? in Abendland 1, 7.
Luchaire, Julius, Die internationale geistige Zusammenarbeit, „Europäische Revue", Jahrg. 1, S. 165—171.
Naphtali, Fritz, Die Einigung Europas, „Gesellschaft", S. 334—343.
Neißinger, K. A., Paneuropa und die ökumenische Idee, „Hochland", Jahrg. 24, S. 233.
Napoleons Leben, von ihm selbst, übersetzt und herausgegeben von Heinrich Konrad, Verlag Rob. Lutz, Stuttgart 1918.
Naumann, Friedr., Mitteleuropa. Berlin 1917.
Pentmann, Die Zollunionsidee und ihre Wandlungen im Rahmen der wirtschaftspolitischen Ideen und der Wirtschaftspolitik des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Jena 1917.
Quessel, Ludwig, Kontinentaleuropa im Parteiprogramm, Sozialistische Monatshefte, September 1925.
Respondek, Erwin, Verlauf und Ergebnis der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf. Berlin 1927.
Rohan, K. A., Europa, in „Der neue Geist", Nr. 52, 1923.
— Paneuropa, in „Europäische Revue", Jahrg. 1, Heft 11.
— Paneuropa, in „Europäische Revue", Jahrg. 2, Heft 8.
— Falsche und richtige Europapolitik, „Abendland" 1, 1.
Romier, Lucian, Europäische Solidarität, „Europäische Revue", Jahrg. 2, Heft 7.
Scheler, Max, Der Genius des Krieges und der Deutsche Krieg, Verlag der weißen Bücher, Leipzig 1915.
Schippel, Max, Handelspolitische Gruppenbildung Kontinentaleuropa und Freihandel, Sozialistische Monatshefte, Oktober 1926.
Schreivogel, Friedr., Paneuropa oder Abendland, „Abendland" 1, 6.
Speculator, Paneuropa, „Hochland", Jahrg. 22, S. 119 und 598.

Seraphim, Hans-Jürgen, Lettland und Estland, in „Die baltischen Staaten", herausgegeben in Verbindung mit der Industrie und Handelskammer in Breslau 1927.
Sombart, Werner, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 1. Halbband, München und Leipzig 1927. Kap. 6: Die äußere Wirtschaftspolitik.
Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 329, 1, Der auswärtige Handel Deutschlands 1925 verglichen mit 1913 und 1924.
Stegemann, Herbert, Paneuropa, „Der Arbeitgeber", 1926, S. 517 bis 521.
Tuckermann, Walter, Die Neuindustrialisierung der Erde, in „Neue Grundlagen der Handelspolitik", herausgegeben von Franz Eulenburg, München und Leipzig 1926.
v. Tyszka, C., Die freihändlerische Bewegung nach dem Kriege, in „Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege", Festgabe für L. Brentano, Bd. 1, 1925.
Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung, Jahrg. 1, 1926, Heft 2.
Vogel, Emanuel, Nordamerikas Wirtschaftsaufstieg und das paneuropäische Problem, „Weltwirtschaftliches Archiv", Januar 1927.
Weber, Alfred, Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa. Berlin und Leipzig 1925.
— Der Deutsche im geistigen Europa, Ideen zur Staats- und Kultursoziologie. Karlsruhe 1927.
Wolff, Julius, Mitteleuropa und Paneuropa, in „Deutscher Außenhandel, 25, 21 und 22.
Woytinski, Wladimir, Die Vereinigten Staaten von Europa. Verlag von J. H. W. Dietz, Berlin 1922.
Zadow, Paneuropa, in „Deutscher Außenhandel", 25, 15 und 16.

„Unter Zollunion verstehen wir die vollständige Vereinigung zweier oder mehrerer zollpolitisch selbständiger Territorien zu einem einzigen Zollgebiet dem Auslande gegenüber, unter Aufhebung aller Zollgrenzen im Innern, auf Grundlage des inneren Freihandels“ [1]). Streng genommen bedeutet also der Begriff Europäische Zollunion den Gedanken, daß um die Grenzen des gemeinsamen Zollgebietes eine von einer europäischen Zentralstelle aus verwaltete Bundeszollverwaltung mit Grenzstationen und Grenzbeamten aufgestellt wird, die nach gleichen Grundsätzen in einheitlich gedachter Währung dieselben Zölle und Abgaben erhebt, so daß es, was die Zölle anbetrifft, ganz gleich ist, ob ein Dampfer mit Waren in einem deutschen, französischen, spanischen oder einem anderen europäischen Hafen anlegt. Innerhalb Europas dagegen würden alle Zölle wegfallen, es würde gegenüber europäischen Staaten, streng genommen, vollständiger Freihandel herrschen. Aber die konsequente Durchführung des europäischen Zolluniongedankens kann nicht nur eine bloße handelspolitische Maßnahme sein, es wird vielmehr dabei gleichzeitig auf die Schaffung eines möglichst gleichen Wirtschaftsgebietes innerhalb Europas mit annähernd gleicher Währung, gleicher Wirtschafts-, Verkehrs- und Sozialpolitik, gleichem Handels- und Patentrecht, gemeinsamen Ausfuhrveranstaltungen, übereinstimmenden Syndikatsregelungen u. ä. nicht verzichtet werden können, da ja für die Aufhebung der Grenzsperre unter allen Umständen ein gewisses Maß von Ebenmäßigkeit innerhalb der einzelnen Länder auf wirtschaftlichem Gebiete unbedingt Voraussetzung ist. Auch kann die Europäische Zollunion auf die politischen Verhältnisse der europäischen Staaten nicht ohne Einwirkung bleiben, denn das Wirtschaftswesen der Staaten ist zu innig mit ihrer politischen Lebensbetätigung verbunden, als das ein auf das wirtschaftliche Moment so verändernd einwirkender Umstand wie die Schaffung einer Europäischen Zollunion nicht auch zugleich die politischen Verhältnisse beeinflussen sollte [2]). Politische Verständigung und Annäherung der europäischen Völker muß daher mit der wirt-

---

1) Vgl. Pentmann, „Die Zollunionsidee in ihren Wandlungen“, Seite 1.

2) Vgl. L. Bosc, Zollalliancen und Zollunionen Kap. I, S. 21.

schaftlichen Annäherung Hand in Hand gehen[3]). — Die Zollvereine können je nach den mit ihrer Hilfe angestrebten Zielen von sehr verschiedener Bedeutung sein. Man hat je nach ihren Zwecken zu unterscheiden freihändlerische, offensive und defensive Zollvereine. Die freihändlerischen Zollvereine sind solche, die den Zollverein nur als eine Etappe zum Ideal des vollständigen Freihandels und der Universalunion betrachten. Offensive Zollvereine sind solche, die unter Beibehaltung des gegenwärtigen die Staaten trennenden Schutzzollsystems die von anderen Staaten drohende gemeinsame Gefahr dadurch schärfer abwehren wollen, daß sie ihr gemeinsames Wirtschaftsgebiet mit Hochschutzzöllen gegen diese Staaten abschließen. Der defensive Zollverein ist als Mittelding zwischen diesen beiden zu betrachten; er will zwischen Schutzzoll und Freihandel vermitteln, indem bei ihm die Vorteile, die ein größeres Wirtschaftsgebiet vom Standpunkt der Arbeitsteilung bietet, anerkannt werden, in dem aber andererseits die drohende Konkurrenz der Weltreiche abgewehrt werden soll. Die Europäische Zollunion bezweckt gemäß der Ansicht der meisten ihrer modernen Vertreter vor allem die Konsolidierung Europas auf wirtschaftlicher Basis. Sie soll keine aggressive Spitze gegen andere Kontinente haben, nicht die gemeinsame Abwehr, nicht das einheitliche Auftreten der europäischen Staaten Dritten gegenüber soll in der Hauptsache gesichert werden, sondern die primäre Aufgabe dieser Zollunion soll sein, die Wirtschaftskrise zu mildern, die europäischen Länder aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen. Daher ist die Europäische Zollunion kein offensiver Zollverein und nähert sich sehr dem freihändlerischen Zollverein, obwohl sein defensiver Charakter wohl auch nicht zu verkennen ist. — Es handelt sich nun um die Frage, welches Gebiet das zollgeeinte Europa umfassen soll. Es gibt hier verschiedene Möglichkeiten, die alle ihre Verteidiger haben. Die einen verstehen darunter das geographische Europa, andere dieses mit seinen Kolonien, viele denken an ein Kleineuropa, von denen die einen Rußland, die anderen England mit seinen Kolonien ausschließen wollen. Die meisten Befürworter scheint der Plan eines zollgeeinten Europas mit Ausschluß Englands und Rußlands und mit Einschluß der den zollgeeinten Staaten gehörenden Kolonien gefunden zu haben.

---

3) Vgl. ebenfalls L. Bosc, Kap. II, S. 37—43.

1. Hauptabschnitt.

Die Strukturveränderungen der Weltwirtschaft, durch die Europa aus seiner Weltherrschaftsstellung zurückgedrängt und durch die der Gedanke der europäischen Zollunion zum Teil hervorgerufen ist.

Die Idee der Schaffung eines einheitlichen europäischen Zoll- und Wirtschaftsgebietes ist, wie schon kurz erörtert, in der Hauptsache entstanden infolge der kritischen Wirtschaftslage, in der sich Europa seit dem Weltkriege befindet und durch die es aus seiner führenden Rolle in der Weltwirtschaft verdrängt worden ist. Hervorgerufen ist diese kritische Wirtschaftslage Europas nicht nur durch vorübergehende konjunkturelle Erscheinungen, sondern vor allem durch die zahlreichen Strukturveränderungen [4]), die sich nach dem Weltkriege in beschleunigtem Maße in der Weltwirtschaft vollzogen haben. Die bedeutendste Strukturveränderung ist wohl die Industrialisierung der überseeischen Neulandgebiete, die früher fast ausschließlich Rohstoffe und Nahrungsmittel produzierten und exportierten, sowie darüber hinaus die Erweiterung der bestehenden Industrien, vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo eine außerordentliche Intensivierung und Rationalisierung der industriellen Produktion vor sich gegangen ist. In Südafrika, in Indien, in Australien und Neuseeland, in Japan und in China, sowie in Kanada, Argentinien, Brasilien und Chile, überall hat eine vor dem Weltkriege langsam einsetzende und durch den Krieg stark beschleunigte industrielle Tätigkeit Platz gegriffen. Die Länder, die früher ausschließlich Rohstoffe ausführten, beginnen infolgedessen jetzt allmählich bereits Halb- oder Ganzfabrikate zu exportieren [5]). Es wird von ihnen beispielsweise erstrebt, Fleischkonserven statt des Viehs, Mehl statt des Getreides, Rohkupfer statt der Erze, Zellulose und Papier statt des Holzes usw. zu exportieren. Besonders auffallend ist die

4) Vgl. zum folgenden Harms, Strukturwandlungen der Weltwirtschaft in „Verhandl. des Vereins f. Sozialpolitik" in Wien 1926.

5) Vgl. Eulenburg, Probleme der Deutschen Handelspolitik. Jena 1925.

Steigerung der Baumwollproduktion der außereuropäischen Länder. Während die Anzahl der Spindeln in den Baumwollspinnereien in Europa annähernd die gleiche geblieben ist, haben sie sich in Asien von 8384 im Jahre 1913 auf 17 142 im Jahre 1925 und in Amerika von 34260 1913 auf 42020 im Jahre 1925 vermehrt. So kommt es, daß sich in fast allen Industriezweigen eine geographische Verschiebung feststellen läßt, und zwar in dem Sinne der Verlegung des Schwergewichts der Produktion aus Europa nach den außereuropäischen Ländern. Bedeutend erleichtert wird diese Neuindustrialisierung der außereuropäischen Länder dadurch, daß bereits allenthalben statt der Kohle die Erdöle und Wasserkräfte stark herangezogen werden, so daß sich der Kohlentransport von Europa erübrigt [7]). So ist die Mineralölproduktion von 52 Mill. Tonnen im Jahre 1913 auf 150 Mill. Tonnen im Jahre 1925 gestiegen, wodurch nach der Schätzung von Harms etwa 200 Mill. Tonnen Kohle ersetzt werden; ebenso hat sich der Ausbau der Wasserkräfte derart vollzogen, daß durch sie etwa 30 Mill. Tonnen Kohlen ersetzt werden. Es ist durch die Neuindustrialisierung vieler Länder die internationale Arbeitsteilung zu Ungunsten Europas nicht nur eine andere geworden, sondern es ist auch, wie die eben genannten Ziffern zeigen, der Einfluß Europas als Kohlenproduzent gesunken, ebenso wie der Einfluß Amerikas als Haupterdölproduzent gestiegen ist, denn der Anteil Nord- und Zentralamerikas an der Erdölgewinnung betrug 1925 nach den „International Petroleum Tables" 82,6 % während der Anteil Europas einschließlich Rußlands nur 6,7 % betrug, wobei Rußland noch den Löwenanteil hat [8]). Auf der Vorherrschaft des Dampfes und der Kohle beruhte früher zum größten Teil die Vorherrschaft Europas in der Welt. Die Ausdehnung der Wirkungssphäre des Erdöls trägt den Charakter einer Revolutionierung des ganzen Wirtschaftslebens.

Die Enteuropäisierung der Weltwirtschaft oder, wie man auch sagt, die Entthronung Europas seit dem Ausbruch des Weltkrieges hat sich in immer steigendem Maße vollzogen. Europa ist heute nicht mehr das machtpolitische, noch das wirtschaftliche, noch das kulturelle Zentrum der Erde, wie das noch am Anfang unseres Jahrhunderts der Fall war. Das zeigt sich auch durch die völlige Umkehrung der Schuldverhältnisse zwischen Europa und den außereuropäischen Gebieten, insbesondere Amerika. Der Kapitalmarkt der Welt wird heute nicht mehr von Europa, sondern von den Vereinigten Staaten von Amerika beherrscht. Europa

6) Vgl. Harms, Strukturwandlungen der Weltwirtschaft.
7) Vgl. Harms, Strukturwandlungen der Weltwirtschaft.
8) Vgl. W. Woytinski, Die Vereinigten Staaten von Europa, Seite 79.

ist heute das größte Schuldnerland, Amerika das größte Gläubigerland der Erde geworden. Eulenburg[9]) schätzt die Kapitalanlage der europäischen Gläubigerländer vor dem Kriege auf 150 Milliarden Goldmark in Uebersee. Ungefähr $^1/_6$ des internationalen Handels beruhte direkt auf Zinszahlungen, die Europa zugute kamen. Heute ist das nicht mehr so, Amerika ist der Finanzmann der Welt. Es lassen sich die Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten von Amerika in Milliarden Goldmark aus folgender Tabelle ersehen[10]):

Land	1914	1924
Zentral- u. Südamerika . .	3,0	18,0
Ostasien	0,6	3,7
Britische Kolonien	2,2	11,4
Europa, ohne d. polit. Guthaben	0,2	57,2

Die Vereinigten Staaten von Amerika verwandelten in einer Zeit von 10 Jahren Europa gegenüber ihr Minus von 16 Milliarden Goldmark in ein Plus von fast 60 Milliarden Goldmark und vergrößerten außerdem ihre Kapitalanlagen in der übrigen Welt um fast 30 Milliarden Goldmark.

Die Verarmung Europas durch den Weltkrieg, durch zerrüttete Währungen und deren Folgeerscheinungen ist offensichtlich. Die natürliche Folge davon ist die Schwächung seiner Kaufkraft. Das amerikanische Volksvermögen wurde früher so hoch geschätzt wie das von Groß-Britannien und Deutschland, jetzt ist es dagegen $^4/_3$ so hoch wie das von Groß-Britannien, Frankreich, Deutschland und Italien zusammen. Der Goldbestand Europas ist von 20,4 auf 13,5 Milliarden zurückgegangen, der der Vereinigten Staaten von Amerika von 7,9 auf 19,1 Milliarden gestiegen[11]). Man schätzt, daß Europa durch den Weltkrieg um ungefähr 500 Milliarden Goldmark ärmer geworden ist.

Ungünstig auf die europäischen Wirtschaftsverhältnisse hat auch die nach dem Weltkriege erfolgte Neubildung von Staaten gewirkt, die den Gegensatz zwischen der wirtschaftlichen Lage in Europa und der der außereuropäischen Gebiete noch erheblich verstärkt hat. Schon vor dem Kriege hatten wir in Europa 26 Staaten, 26 Zollgebiete und 13 verschiedene Währungen. Jetzt aber zerfällt Europa in 36 Staaten, 38 Zollgebiete und hat 27 verschiedene Währungen. 11 000 km lange neue Zollgrenzen sind durch die Verträge von 1919 entstanden. Alte Märkte sind verschwunden, Gemeinschaften wurden durch den Ver-

---

9) Vgl. Eulenburg, Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit.
10) Vgl. Harms, Strukturwandlungen der Weltwirtschaft.
11) Vgl. Prof. Blaustein, Die Lage Europas in „Europäische Zollunion" von H. Heimann (letztes Kapitel).

trag von Versailles auseinandergerissen. Eine willkürliche und künstliche Gliederung des europäischen Wirtschaftsraumes ist durch diese Zerreißung von überwiegend in sich geschlossenen, historisch überkommenen Wirtschaftseinheiten vor sich gegangen. So hat Deutschland verloren: Das Memelgebiet, den polnischen Korridor, das Saargebiet, Oberschlesien und Elsaß-Lothringen, überwiegend Wirtschaftsgebiete, die unbedingt infolge ihres Ueberschusses an Agrarerzeugnissen und Rohstoffen zum deutschen Wirtschaftsgebiet gehören, jetzt aber nicht nur durch politische, sondern auch durch Zoll- und Wirtschaftsschranken von ihm getrennt sind. Ebenso liegt der Fall in Oesterreich-Ungarn, das gleichfalls durch den Friedensvertrag zersplittert wurde in Teile, die wirtschaftlich zusammengehören, jedoch jetzt auch durch Zoll- und Wirtschaftsschranken voneinander getrennt sind. Um die neuen Grenzen in Europa zu verteidigen, wurden Lizenzen, Verbote und Tarife eingeführt. Hinter den Zollmauern wurden neue Lokalindustrien gegründet, die infolge der Konkurrenz dadurch am Leben gehalten werden mußten, daß die Zollmauern immer höher wuchsen. Fast sämtliche Länder in Europa haben in der Nachkriegszeit den Handel nicht als Austauschprozeß, sondern als Krieg betrachtet. Die eigene Wirtschaft erhebt eine Sonderstellung selbst auf Kosten wirtschaftlicher Rationalität, jeder neu geschaffene Staat, sei er auch noch so klein und unvollkommen, will seine Produktivkräfte entfalten und eine selbständige Handelspolitik treiben. Die ökonomische Umstellung unter den Gesichtspunkt der nationalen Selbstversorgung ist nach dem Weltkriege in Europa unverkennbar.

Eine Folge all dieser Veränderungen in der Weltwirtschaft und in Europa ist der Rückgang des europäischen Außenhandels. Umgerechnet auf Vorkriegswerte durch Behandlung mit dem Großhandelsindex des Board of Trade stellt sich der Außenhandel der europäischen und außereuropäischen Länder in Millionen Mark folgendermaßen dar[12]):

Europäische Länder:

	1913	1925	%
E.	53 202,0	47 195,1	88,7
A.	44 705,2	36 351,5	81,3
G.	97 908,1	83 546,6	85,3

Außereuropäische Länder:

	1913	1925	%
E.	18 905,2	23 428,7	123,9
A.	21 993,4	28 141,4	128,0
G.	40 898,6	51 570,1	126,1

12) Vgl. Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung 1926, Heft 2.

Wir sehen also deutlich den Rückgang des europäischen Außenhandels und die Zunahme des Außenhandels der außereuropäischen Länder. Diese Tatsache ist um so beachtenswerter, als in den letzten Jahren vor dem Kriege der Außenhandel der europäischen Staaten ständig im Steigen begriffen war, während er nach dem Kriege in Europa nicht nur nicht gestiegen, sondern, wie gezeigt, erheblich gesunken ist. Außerdem ist auch noch zu beachten, daß die eingetretene politische Zersplitterung in die Sphäre des internationalen Handels einen Teil jenes Warenaustausches einführte, der vor dem Kriege zum Binnenhandel der einzelnen Länder gehörte. Im Zusammenhang mit diesen Tatsachen steht die Veränderung des prozentualen Anteils der Weltteile an den Gesamtumsätzen des Welthandels. Der Anteil der europäischen Länder am Welthandelsvolumen ist von 67,2 % im Jahre 1913 auf 56,8 % im Jahre 1925 gesunken und der der außereuropäischen Länder entsprechend von 32,8 % im Jahre 1913 auf 43,2 % im Jahre 1925 gestiegen. Der Anteil an der Gesamtausfuhr ist in europäischen Ländern von 64,3 % 1913 auf 51,7 % 1925 zurückgegangen und der Anteil der außereuropäischen Länder an der Gesamtausfuhr entsprechend von 35,7 % 1913 auf 48,3 % 1925 gestiegen. Besonders machen sich die ungünstigen Absatzverhältnisse für Deutschland, das durch Reparationszahlungen, Zinszahlungen u. ä. gezwungen ist, eine aktive Handelsbilanz zu haben, unangenehm bemerkbar. Gemäß der Statistik des Deutschen Reiches hat sich der Außenhandel Deutschlands in Millionen Reichsmark folgendermaßen entwickelt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß Deutschland infolge des Friedensvertrages größere Gebiete abtreten mußte, deren Anteil am auswärtigen Handel 1913 statistisch nicht erfaßbar ist [13]).

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamtumsatz
1913	10 770	10 097	20 867 Mill. RM.
1924	9 083	6 552	15 635 „ „
1925	12 428	8 798	21 226 „ „
1926	9 150	9 818	18 968 „ „

Unter Berücksichtigung der Preissteigerung ergibt sich jedoch für Deutschlands Außenhandel folgendes Bild (nach bes. Methode berechnet) [13]):

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamtumsatz
1913	10 770	10 097	20 867 Mill. RM.
1924	6 769	5 134	11 903 „ „
1925	8 998	6 596	15 594 „ „

13) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 3221 und Monatl. Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, Dezember 1926.

Deutschlands Einfuhr ist also im Jahre 1925 auf 83,6 %, seine Ausfuhr auf 65,3 % und sein Gesamtumsatz auf 74,2 % im Vergleich zu 1913 gesunken. Die Ausfuhr nach europäischen Staaten betrug für Deutschland 1913 7 581,5 Mill. Mark, 1925 6 396,1 Mill. Mk., das sind unter Berücksichtigung der Geldentwertung 4 905 Mill. Mk. oder 65 % der früheren Ausfuhr nach europäischen Staaten. Die Ausfuhr nach außereuropäischen Staaten betrug für Deutschland 1913 2 505 Mill. Mk., 1925 2 395 Mill. Mk., das wären unter Berücksichtigung der Geldentwertung 1937 Mill. Mk. oder 73 % der Ausfuhr Deutschlands nach außereuropäischen Staaten. Man kann also daraus schließen, daß der Rückgang des Außenhandels Deutschlands hauptsächlich zurückzuführen ist auf die schlechten Absatzverhältnisse in Europa.

Ebenfalls ist die Produktionskraft Europas nach dem Weltkriege, zum mindesten prozentuell, sehr zurückgegangen, während sie in sämtlichen anderen Gebieten zum Teil erheblich gestiegen ist. Als Beispiel hierfür mögen folgende 3 Tabellen angeführt werden, die der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt wurden [14]).

1. Tabelle,

aus der die prozentuelle Verschiebung in der Produktion der einzelnen Erdteile von 1913 zu 1925 zu ersehen ist. 1913 = 100.

	Europa ohne Rußland	Nordamerika	Asien	Mittel- u. Südamerika	Ozeanien	Afrika	Die ganze Welt
Kohle u. Lignite .	93	102	145	146	110	153	99
Petroleum . . .	104	307	305	548	—	1200	277
Roheisen . . .	84	117	335	—	949	—	98
Rohstahl . . .	100	143	520	—	3350	—	118
Schiffbau . . .	66	48	86	—	121	—	66
Maschinenbau .	90	126	304	—	133	—	108
Elektromaschinen .	146	327	310	—	—	—	201
Nitrogen . . .	249	298	1100	90	200	100	163
Kalzium — Superphosphat . .	104	108	131	—	—	—	113
Teerfarben . . .	79	1033	—	—	—	—	101
Spinnerei-Industrie	88	112	130	—	—	—	108
Seiden-Industrie .	101	—	164	—	—	—	156
Kunstseide . . .	546	3276	—	—	—	—	660
Rohr- u. Rübenzucker . . .	112	122	145	219	163	167	142

14) Entnommen der Zeitschrift Paneuropa 3, 6.

2. Tabelle:

Wert der Produktion der einzelnen Erdteile.

Weltproduktion an	Europa 1913	Europa 1925	Nordamerika 1913	Nordamerika 1925	Asien 1913	Asien 1925	Afrika 1913	Afrika 1925	Die ganze Welt 1913	Die ganze Welt 1925
Kohle u. Lignite (in Million. Tonnen)	632	578	530	540	55,5	80,5	8,2	12,6	1242	1229
Roheisen . . (in Million. Tonnen)	45,6	35,7	32,5	40,7	0,6	2,1	—	—	78,8	79,1
Rohstahl . . (in Million. Tonnen)	43,4	41,5	32,9	50	0,3	1,9	—	—	76,6	93,9
Maschinen . . (i. Mill. M. pro 1925 a. Gr. des Vorkriegsw.)	6287	6523	7100	8930	47	143	—	—	13555	14705
Elektromaschin. (i. Mill. M. pro 1925 a. Gr. des Vorkriegsw.)	2403	3395	1300	1750	69	214	—	—	3734	7496
Kunstseide . . (in Million. Kilogr.)	10,3	61,2	0,7	23,5	—	0,7	—	—	11	85,5

3. Tabelle,

aus der der prozentuelle Anteil von Europa, Nordamerika und Asien an der Weltproduktion deutlich wird.

Weltproduktion an	Europa 1913	Europa 1925	Nordamerika 1913	Nordamerika 1925	Asien 1913	Asien 1925
Maschinen . . .	46,7	37,5	52,4	60,8	0,3	1,0
Elektromaschinen .	65,7	45,3	28,9	48,1	1,9	2,9
Kunstseide . . .	93,6	72,4	6,4	26,6	—	0,9
Kohle	51,3	47,0	42,4	44,0	4,4	6,5
Roheisen . . .	58,0	45,1	41,2	51,5	0,8	2,7
Rohstahl . . .	56,6	44,2	42,9	53,2	0,4	2,0

Ein Beispiel über Europas schlechte und umgekehrt Amerikas blühende Wirtschaftslage gibt auch der Verbrauch der sogenannten bunten Metalle, der von der Metallgesellschaft im Jahre 1925 in den „Statistischen Zusammenstellungen über Aluminium, Blei, Kupfer, Nickel, Silber, Zink und Zinn" festgestellt worden ist. Hiernach ergibt sich folgende Tabelle [15]):

15) Vgl. W. Woytinski, Die Vereinigten Staaten von Europa, Seite 86.

Der Verbrauch der bunten Metalle nach Weltteilen (absolute Zahlen in tausend Tonnen)

Metalle u. Weltteile	1913	1924
Kupfer:		
Europa	644	561
Amerika	345	694
Der ganze Erdball	1052	1370
Blei		
Europa	726	569
Amerika	435	631
Der ganze Erdball	1201	1288
Zink		
Europa	697	542
Amerika	283	416
Der ganze Erdball	1001	1025
Zinn		
Europa	70	48
Amerika	48	68
Der ganze Erdball	129	137
Aluminium		
Europa	34	78
Amerika	33	103
Der ganze Erdball	67	187
Alle 5 Metalle zusammen		
Europa	2171	1808
Amerika	1144	1922
Der ganze Erdball	3450	4007

Ueberall sinkt also, zum mindesten prozentuell, die Produktion und der Verbrauch Europas, Amerikas Verbrauch und Produktion dagegen steigt. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch der Verbrauch des Kautschuks, der in den Vereinigten Staaten von Amerika von 65 000 Metertonnen im Jahre 1913 auf 313 000 Metertonnen im Jahre 1924 gestiegen ist, während er in Europa in der Zeit nur eine Steigerung von 59% auf 74 000 Metertonnen erfuhr.

Um aus all den Nöten, in die Europas Wirtschaft nach dem Weltkriege gekommen ist, herauszukommen und um die Erhaltung seiner Stellung in der Weltwirtschaft zu sichern, sind viele Vorschläge gemacht worden, unter denen der Plan der Europäischen Zollunion, der Plan des wirtschaftlich geeinten Europas einen breiten Raum einnimmt, weil man von vielen Seiten her die staatliche Zerrissenheit Europas mit seinen vielfachen

Grenzen, Zöllen und Verkehrshindernissen für die europäische Not verantwortlich macht und weil man andererseits Nordamerikas Wirtschaftserfolg und gewaltigen Vorsprung gegenüber Europa vor allem auf die Größe seines durch keine Zoll- und ähnliche Schranken zersplitterten Wirtschaftsgebiets von mehr als 110 Mill. Einwohnern zurückführt. Man verspricht sich davon auf wirtschaftlichem Gebiete eine volle Ausnutzung der in Europa vorhandenen Naturschätze, eine Erweiterung des Marktes und der Absatzmöglichkeiten, also auch eine Verstärkung des Außenhandels, ferner eine Verbilligung der Produktion durch Massenerzeugung, Normalisierung und Rationalisierung, eine dadurch bedingte Stärkung der Kaufkraft der Konsumenten durch billigere Preise und höhere Reallöhne, eine bessere Konkurrenzfähigkeit mit außereuropäischen Ländern, durch die durch die freie Konkurrenz bewirkte Qualitätsverbesserung und die dadurch bedingte Zurückeroberung des Weltmarktes, einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, einen größeren Volksreichtum, kurz eine erhebliche Besserung der gesamten Wirtschaftslage Europas. Eine leistungsfähigere Organisation der Gesamtproduktion, so sagt man, werde dadurch eintreten, daß durch die Europäische Zollunion eine Neuorientierung der verschiedenen Produktionszweige, die naturgemäße Wahl der Standorte und eine rationelle Arbeitsteilung da, wo bisher unrationeller Wettbewerb stattfand, Platz greifen werde. Auf politischem Gebiet verspricht man sich durch die mit der Europäischen Zollunion Hand in Hand gehende Verständigung die Sicherung des europäischen Friedens als Etappe zum Weltfrieden.

2. Hauptabschnitt.

Voraussetzungen zur Bildung einer Zollunion.

Die Idee der Schaffung eines einheitlichen größeren Wirtschaftsgebietes durch Beseitigung der Zollschranken ist nicht neu, sie hat eine Vorgeschichte, die mehr als 100 Jahre zurückreicht. Viel ist im vorigen Jahrhundert über Zollunionen geredet und geschrieben worden und zahlreiche Zollunionspläne sind aufgetaucht. Praktisch verwirklicht sind jedoch bisher nur solche Zollunionen, die einen mehr oder weniger nationalen Charakter trugen und dem nationalen Konsolidierungsbestreben der Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts entsprachen[16]). So sind an tatsächlichen Zollvereinen nur entstanden als bedeutendster der

16) Vgl. Pentmann, Die Zollunionsidee und ihre Wandlungen.

Deutsche Zollverein und dann auf englischem Boden der kanadische, der südafrikanische und der australische Zollverein. Die Zollanschlüsse der Zwergstaaten Monako, Luxemburg und Liechtenstein an Frankreich, Deutschland (jetzt Belgien) und Oesterreich (jetzt Schweiz) können hier außer Betracht bleiben. Die Zollunionsideen und Pläne, die nicht verwirklicht worden sind, sind dagegen auf recht verschiedene Ursachen zurückzuführen, teils standen sie auf freihändlerischer, teils auf mehr schutzzöllnerischer Grundlage, einige waren pazifistischer Natur, andere hatten imperialistische Machttendenzen, viele waren offensiv andere defensiv eingestellt. All diese Pläne scheiterten aber an den zahlreichen Hindernissen und Schwierigkeiten, die sich jedem Zollverein in den Weg legen, und die ganz allgemein an dieser Stelle geschildert werden sollen.

Gewisse geographische, nationalpsychologische und politische Voraussetzungen bestehen immer für die Bildung einer Zollunion [17]). Was die geographische Voraussetzung anbetrifft, so ist hier zunächst zu bemerken, daß ein Zollverein immer die Einigung mehrerer Staaten zum Ziel hat, und daß deshalb eine Zollvereinigung nur zwischen solchen Staaten stattfinden kann, zwischen denen unmittelbare Nachbarschaft besteht. Ferner spielen die natürlichen Grenzen zwischen den einen Zollverein anstrebenden Staaten, sowie die natürlichen Grenzen um das zu schaffende einheitliche Zollgebiet eine große Rolle, sie können der Durchführung von Zollvereinen entgegenkommen, sie können aber andererseits hier Hindernisse bereiten. Auch die Größe des Flächenraumes der zu einigenden Staaten ist zu beachten. Je größer die politische Zerstückelung ist und je kleiner die Staaten sind, um so mehr werden sie geneigt sein, sich zu einem größern Wirtschaftsgebiet zusammenzuschließen, vergl. Monako, Luxemburg und Liechtenstein. Je größer dagegen das Wirtschaftsgebiet der Staaten ist und je mehr sie sich infolgedessen selbst genügen können, desto weniger werden sie im allgemeinen an einer Zolleinigung interessiert sein.

Neben diesen geographischen Vorbedingungen spielen gewisse nationale, psychologische und politische Voraussetzungen bei der Bildung einer Zollunion eine sehr große Rolle. Da die konsequente Durchführung einer Zollunion nicht nur, wie schon erörtert, eine bloße handelspolitische Maßnahme sein kann, sondern auch eine weitgehende Verständigung und ein weitgehendes Zusammenarbeiten der zu einigenden Staaten auf allen Gebieten zur Folge haben muß, ist es nötig, daß eine natürliche Sympathie, eine natürliche wechselseitige Zuneigung zu den notwendigen Vor-

17) Vgl. L. Bosc, Zollalliancen und Zollunionen, Kap. II, 2, Seite 50—54.

aussetzungen einer Zollunion gehört. Ohne annähernde Gleichartigkeit der Kultur, der Nationalität, der Religion, ohne Gleichartigkeit der Bevölkerung in Sitte, Charakter und Lebensweise und ohne ein enges Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den zu einigenden Völkern wird sich eine Zollunion immer sehr schwer durchführen lassen.

Naturgemäß spielen aber vor allem die wirtschaftlichen Verschiedenheiten zwischen den Staaten bei der Bildung von Zollunionen eine sehr große Rolle. Möglichst gleichartige Wirtschaftsweise in den einzelnen Staaten wird stets Voraussetzung für eine Zollvereinheitlichung sein. Demnach müssen zunächst möglichst gleiche Fracht- und Eisenbahntarife herrschen, denn es liegt auf der Hand, daß der Staat mit niedrigen Tarifen viel konkurrenzfähiger ist als derjenige mit hohen Tarifen. Auch die steuerliche Belastung darf in den Ländern, die eine Zollunion bilden wollen, keine allzu großen Unterschiede aufweisen. In einem Land mit größerer steuerlicher Belastung sind die Produktionskosten entsprechend höher, es ist also mit dem Lande mit niedrigerer steuerlicher Belastung nicht konkurrenzfähig; außerdem würde auch eine Abwanderungsgefahr für das Land mit höheren Steuern bestehen, da Großhandel, Industrie und Banken, soweit sie nicht an den Standort gebunden sind, vorzugsweise Länder mit niedrigerer steuerlicher Belastung aufsuchen werden. Das Gleiche gilt von den Löhnen und von den sozialpolitischen Verhältnissen. Auch hier müssen in den sich zu einer Zollunion zusammenschließenden Ländern möglichst gleichartige Bedingungen bestehen. Ein Land mit hohen Löhnen und fortgeschrittener Sozialpolitik hat hohe Produktionskosten, demnach höhere Preise und ist infolgedessen hinsichtlich der Konkurrenzbedingungen gegenüber den anderen Staaten schwer benachteiligt. Eine weitere Voraussetzung ist ferner ein möglichst gleiches Entwicklungsstadium der Staaten. Es liegt auf der Hand, daß die Staaten, die auf industriellem Gebiet noch nicht weit fortgeschritten sind, sich schwer davon abhalten lassen werden, die langsam aufblühenden Industrien durch Beseitigungen der Zölle gegenüber den Staaten mit entwickelter Industrie im Keime zu ersticken und sich auf diese Weise etwa dauernd mit reiner Agrarwirtschaft zu begnügen. Sie werden vielmehr bestrebt sein, ihre Industrie zunächst nach Möglichkeit durch Erziehungszölle ebenfalls auf eine gewisse Entwicklungsstufe zu bringen und alsdann erst bereit sein, auf Zollschutz zu verzichten. Aehnliches gilt von den Ländern, bei denen die Landwirtschaft infolge teurer Bodenpreise und ungünstigen Produktionsbedingungen gegenüber anderen in Betracht kommenden Ländern mit günstigen klimatischen Verhältnissen usw. benach-

teiligt ist. Auch hier wird sich der betreffende Staat nicht ohne weiteres entschließen wollen, seine Landwirtschaft durch völlige Aufhebung sämtlicher Agrarzölle der Konkurrenz des Auslandes preiszugeben. Ferner ist eine Währungsgleichheit eine wichtige Voraussetzung zur Bildung einer Zollunion, da das Land mit unterwertiger Valuta naturgemäß konkurrenzfähiger ist als das mit hochwertiger Valuta. Bevor nicht alle Länder, die sich zu einer Zollunion zusammenschließen wollen, ihre Währungen stabilisiert und in ein festes Wertverhältnis zueinander gebracht haben, ist daher an eine Zollvereinheitlichung nicht zu denken. Wenn selbständige Währungen sich selbständig auf und ab entwickeln, muß das außerdem im Handel von Land zu Land Störungen im Gefolge haben. Die Waren werden unter Goldwert verkauft und bilden zwar zunächst für die Verbraucher des Landes mit hochwertiger Valuta einen Vorteil, es wird jedoch hierdurch die Produktion des valutastarken Landes bald völlig untergraben und lahmgelegt werden. Es müßte daher zwischen den einzelnen Ländern, die eine Zollunion bilden wollen, ein Währungsvertrag zustande kommen, sie müßten in der Währungspolitik eingeschränkt und kontrolliert werden, was natürlich eine starke Beeinträchtigung der Souveränität bedeutet, die sich selbständige Staaten im allgemeinen ungern gefallen lassen. Eine weitere Voraussetzung für die Bildung einer Zollunion ist die Freizügigkeit in allen Ländern, die eine Zollunion bilden wollen, da die Menschen, die in einem Staate durch das Eingehen gewisser Industrien, das unvermeidlich sein wird, brotlos werden, Gelegenheit haben müssen, nach den Orten abzuwandern, an denen alsdann eine Konzentration der Erzeugung stattfindet. Als weitere Voraussetzungen seien dann noch genannt: Gleiche Auffassung über die Einmischung des Staates in das Wirtschaftsleben, möglichst gleiches bürgerliches und Handelsrecht, da Verschiedenheiten auf diesen Gebieten ebenfalls Störungen im Handelsverkehr im Gefolge haben müßten. Auch technische Schwierigkeiten, wie Verteilung der gemeinsamen Zolleinnahmen, Ausarbeitung eines gemeinsamen Außenzolltarifs, Bildung einer einheitlichen Zollverwaltung und einer gemeinsamen Verwaltungskommission u. ä. sind nicht zu unterschätzen.

Wie wir ersehen, sind zur Bildung einer Zollunion zahlreiche, oft unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten zu überstehen. Hieraus ist es zu erklären, daß bisher die meisten Zollunionspläne gescheitert sind, und daß im wesentlichen nur solche verwirklicht worden sind, bei denen nicht nur wirtschaftliche Momente eine Rolle spielten, sondern bei denen auch ein starkes nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, eine Rasse-, Sprach- und Kulturgemeinschaft, vorhanden war.

3. Hauptabschnitt.

Ideengeschichtliche Parallelen zur europäischen Zollunion.

Noch mehr gelten diese Voraussetzungen naturgemäß für die vollständige politische Verschmelzung mehrerer Staaten[18]). Trotzdem stellt auch der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa als mehr oder weniger feste politische Einheit zwecks Sicherung des europäischen Friedens nichts wesentlich Neues dar, wenngleich er auch heute mit mehr Energie und regerer Propagandatätigkeit vertreten wird und mehr in den Kreis realpolitischer Behandlung geraten ist, während er früher meist mehr Gegenstand philosophischer Betrachtungen war. Man muß sich hierbei außerdem vergegenwärtigen, daß, wenn früher von den Vereinigten Staaten der Welt gesprochen wurde, man dabei sehr häufig hauptsächlich Europa im Auge hatte. Bereits Dante hat ein vereinigtes Europa, allerdings unter der Herrschaft des Kaisers, herbeigesehnt, ebenso wie Thomas v. Aquino für ein einiges Europa unter der Herrschaft des Papstes eintrat. Der französische König Heinrich IV. (1553—1610) faßte den Plan der Schaffung einer „Christlichen Republik", von deren Durchführung er den „ewigen Frieden" für Europa erhoffte[19]). Seine Pläne wurden nach seinem Tode von seinem Kanzler Sully veröffentlicht. Nach dem Programm Heinrichs IV. sollten die Staaten von Europa zwar als Staaten bestehen bleiben, jedoch in ein festes Bundesverhältnis treten, derart, daß jede kriegerische Auseinandersetzung zwischen ihnen unmöglich würde. Ein Senat der Bundesrepublik, bestehend aus 16 Mitgliedern, sollte die gemeinsamen Angelegenheiten des Bundes ordnen und ein oberster Gerichtshof sollte alle Streitigkeiten regeln. Es wird allerdings angenommen, daß bei diesem Plan Heinrichs IV. nicht nur die reine Menschenliebe, sondern auch der Wunsch, die Macht des Hauses Habsburg dadurch zu brechen, eine große Rolle gespielt haben soll. An die Ideengänge Heinrichs IV. anschließend, entwickelte später der Abbé de St. Pierre (1658—1743) seine Gedanken in seinem Werk „Projet de la paix perpetuelle"[20]), wo er ebenfalls eine Föderation der europäischen Staaten mit Ausnahme der Türkei vorschlug. Es sollte ein europäischer Senat geschaffen werden, in den die 24 europäischen Staaten, die diesem Staatenbund angehören würden, Vertreter entsenden sollten. Dieser Senat sollte dauernd in Utrecht tagen und dort die ge-

18) Vgl. zum folgenden vor allem A. Fried, Handbuch der Friedensbewegung.

19) Vgl. Fried, Handbuch der Friedensbewegung II, S. 13—15.

20) Vgl. Fried, Handbuch der Friedensbewegung, II. T., S. 22—24.

meinsamen europäischen Angelegenheiten beraten. Neben diesem Senat und neben vier ständigen Verwaltungsämtern sollten noch Organe für das Verständigungsverfahren eingerichtet werden, und zwar als oberste Instanz das Schiedsgericht. So hoffte der Abbé de St. Pierre ebenfalls den europäischen Frieden durch die politische Einigung und Organisation zu sichern. Seine Ideen haben in der folgenden Zeit eine große Rolle gespielt und große Verbreitung gefunden. U. a. haben sich auch Rousseau, Leibniz und Montesquieu mit seinen Plänen befaßt, sie gebilligt und erweitert. Im Jahre 1814 schrieb St. Simon sein Buch „Die Umgestaltung Europas", in dem er erklärte, daß Europa die leistungsfähigste Organisation haben würde, wenn alle Staaten, die es umfaßt, die Oberherrschaft eines Generalparlaments, natürlich mit gewissen Einschränkungen, anerkennen würden, dessen Aufgabe es wäre, Differenzen zwischen ihnen zu beseitigen. Einer seiner Schüler, Charles Lemoanier, hat dann diese Ideen weiter entwickelt und in seinem 1872 in Paris erschienenen Buch „Die Vereinigten Staaten von Europa" veröffentlicht. Von anderen, die Feinde der europäischen Kleinstaaterei waren, seien ferner erwähnt: Nietzsche, der italienische Politiker Mazzini, der Vorkämpfer und Prophet der europäischen Einigung auf der Grundlage der Nation und der Freiheit, ferner Viktor Hugo. Besonders wichtig erscheint, daß man in gewissem Sinne auch Kant, u. a. besonders mit seinem 1795 verfaßten Werk „Vom ewigen Frieden" als Vorläufer einer europäischen Verfassung bezeichnen kann. Einen Völkerstaat, wie die Vereinigten Staaten von Europa ihn darstellen würden, hielt Kant aus moralisch-praktischen Vernunftgründen für geboten und meinte, daß das, was aus Vernunftgründen für die Theorie gelte, auch für die Praxis gelten müsse, und daß daher jeder Staat so handeln solle, daß ein solcher Völkerstaat eingeleitet werden könnte. Abrüstung und Verständigung der Völker zwecks Sicherung eines dauernden Friedens waren für ihn Ideen, die durchzuführen moralische Pflicht eines jeden Staates sei. Auch war er der Ansicht, daß der Handelsverkehr der Völker das beste Mittel sei, sie in ein friedliches Verhältnis zueinander zu bringen, und daß die Staaten sich auch daher bemühen müßten, den Frieden zu fördern, weil der Handelsgeist nicht mit dem Kriege zusammen bestehen könne. Der 3. Präliminarartikel zum ewigen Frieden forderte das Aufhören der stehenden Heere, die seiner Ansicht nach zu Ursachen des Krieges würden. Kant hat sich allerdings nicht darauf eingelassen, zu erklären, wie eine Staatsgemeinschaft, die er zur Vermeidung von Kriegen für erstrebenswert hielt, aussehen müsse.

Auch die „Heilige Allianz" muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Sie wurde im Jahre 1815 von den Mon-

archen von Rußland, Preußen und Oesterreich geschlossen und sollte dazu bestimmt sein, einen christlichen europäischen Friedensbund zu gründen. Wenn sie auch nicht viel praktische Erfolge erzielt hat und bald in Verfall geriet, so wird man ihr doch eine gewisse friedensgeschichtliche Bedeutung nicht versagen können, wenngleich es sich auch in erster Linie um die Vorherrschaft der Großmächte handelt.

Von großem Interesse sind vor allem die Beziehungen Napoleons I. zu Paneuropa und zur Europäischen Zollunion, denn er ist der Einzige, der nicht nur Pläne zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa schmiedete, sondern der auch tatsächlich für eine Zeitlang seine Pläne verwirklicht hat, wenngleich auch die Mittel und Ziele seines „Kontinentalsystems" mit den heutigen Paneuropaplänen tiefgründige Unterschiede aufweisen. Beachtenswert ist auch, daß auf dem 1. Paneuropakongreß [21]) Napoleons Bildnis die Estrade des Kongreßsaales schmückte und zwei Referate über ihn als Europäer gehalten wurden. Wenn jedoch hier ebenso wie in dem Buch Napoleons von Emil Ludwig versucht wurde, Napoleon mehr oder weniger als selbstlosen Paneuropäer hinzustellen, so erscheint es demgegenüber nötig, mehr die Unterschiede zwischen seinen Ideen und den Ideen Paneuropas und der Europäischen Zollunion von heute zu betonen. Gewiß wäre es falsch, Napoleon nur als einen blindwütigen Eroberer zu bezeichnen; zweifellos ist er, wie schon Ranke betont, ein Staatsmann mit festen politischen Zielen, aber sein letztes Ziel ist sicher nicht die selbstlose Vereinigung der kontinentaleuropäischen Völker zwecks Sicherung des Wohlstandes und des Friedens auf dem Kontinent gewesen, sondern das letzte Ziel seiner Politik war vielmehr die Vernichtung seines Hauptfeindes England, wobei der alte Gegensatz zwischen den zwei Westmächten, der Wettstreit um Seegeltung, Kolonialbesitz und Handelsmacht zu Frankreichs Gunsten entschieden werden sollte. Die Kontinentalsperre [22]) stellt den Höhepunkt Napoleons im Kampfe gegen England dar, das er in direktem Kampf bezw. durch das bloße Einfuhrverbot der englischen Produkte nach Frankreich nicht hatte besiegen und fühlbar treffen können. 1805, noch vor der Schlacht bei Austerlitz, erklärte er einigen gefangenen österreichischen Generalen gegenüber: „Ich will nichts auf dem Kontinent, ich will Schiffe, Kolonien, Handel und das ist für Sie ebenso vorteilhaft wie für mich." Er wollte eben Englands Ausschluß auf dem Kontinent herbeiführen, um

21) Vgl. Paneuropa, II, 3, 4.

22) Vgl. zum folgenden vor allem R. Hoeniger, Die Kontinentalsperre und ihre Einwirkungen, ferner auch Napoleons Leben, von ihm selbst.

es dadurch unschädlich zu machen. Auch die Auseinandersetzung mit Rußland war letzten Endes von diesem Gesichtspunkte aus erfolgt, weil dieses aus wirtschaftlichen Gründen der strengen Durchführung der Kontinentalsperre nicht Folge leisten wollte. Wir sehen also, daß Napoleons letztes Ziel nicht war, Kontinentaleuropa allgemein zu fördern, sondern tatsächlich wollte er nur Frankreich an Englands Stelle setzen und den wirtschaftlichen Schwerpunkt von London nach Paris verlegen, was schon dadurch ersichtlich ist, daß Frankreich sich mit Schutzzöllen auch den übrigen kontinentaleuropäischen Staaten gegenüber versah und daß überall Frankreichs wirtschaftliches Interesse in Kontinentaleuropa einseitig bevorzugt wurde. Von der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der kontinentaleuropäischen Staaten, wie sie heute bei der Europäischen Zollunion geplant wird, war also keine Rede. Auch aus diesem Grunde muß die Gleichstellung des napoleonischen Kontinentalsystems mit der Europäischen Zollunion heute zurückgewiesen werden. Außerdem handelte es sich damals darum, durch den Ausschluß der Konkurrenz in Europa Industrien zu schaffen, die bis dahin noch gar nicht bestanden, während es sich heute vor allem darum handelt, für die bereits bestehenden Industrien bessere Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Es handelt sich also bei den heutigen Europäischen Zollunions- und Paneuropaplänen, um die Unterschiede zwischen diesen und Napoleons Kontinentalsystem noch einmal schärfer hervorzukehren, nicht nur um den energischen Kampf gegen eine überlegene Konkurrenzmacht, es handelt sich nicht um die Vorherrschaft einer Einzelnation, die mit kriegerischer und diktatorischer Gewalt die anderen zum Zusammenschluß zwingt und es handelt sich auch nicht um die Schaffung neuer, noch nicht bestehender Industrien, sondern die Parole bei den heutigen paneuropäischen Plänen heißt: freiwilliger Zusammenschluß der europäischen Nationen ohne ausgeprägte Vorherrschaft und einseitige Bevorzugung einer Einzelnation zwecks Sicherung besserer Absatzmöglichkeiten der bestehenden Industrien und zwecks Sicherung des europäischen Friedens. Allerdings hat Napoleon an seinem Lebensabend erkannt, daß er in der Wahl seiner Mittel geirrt hatte und schrieb zwei Wochen vor seinem Tode sein politisches Testament, in dem er seinem Sohn ans Herz legte, nicht seinen Vater zu rächen und Europa mit Waffengewalt zu bezwingen, sondern durch Frieden zu herrschen und seine Kraft dafür einzusetzen, Europa durch unlösbare föderative Bande zu einigen. Dies sind natürlich Gedankengänge, die schon eher mit den heutigen paneuropäischen Ideen in Einklang zu bringen sind [23]).

23) Vgl. Marcell Dunan, Napoleon als Europäer in Paneuropa, 2, 13/14, S. 47.

Kommen wir nunmehr eingehender zu den bedeutendsten Zollunionen und Zollunionsplänen. Das bemerkenswerteste Beispiel für eine solche Zollunion ist der am 1. Januar 1834 gegründete Deutsche Zollverein, der deshalb hier näher geschildert werden soll, um dann Gemeinsames und Unterschiedliches zwischen ihm und der europäischen Zollunion herauszuarbeiten. Zu[24]) Beginn des 19. Jahrhunderts war die Einheitsidee in Deutschland im Einklang mit den damaligen Tendenzen der deutschen Literatur und Philosophie erwacht und besonders durch die gemeinsame Abwehr gegen Napoleon verstärkt worden. Zwar war im Jahre 1815 der deutsche Bund gegründet worden, aber dieser entsprach bei weitem nicht der nationalen Sehnsucht nach Einheit, und auch auf wirtschaftlichem Gebiete konnte der Bundesvertrag nicht befriedigen, denn er ließ jedem der noch bestehenden 40 deutschen Staaten die Freiheit, sich mit Zollschranken zu umgeben, von der auch ausgiebiger Gebrauch gemacht wurde. Nicht nur umgab sich ein jeder dieser Staaten mit Außenzöllen, sondern auch im Innern bestanden zahllose Verkehrshindernisse, so hatte z. B. Preußen nicht weniger als 60 verschiedene Zolltarife. Mit gutem Beispiel ging nun Preußen voran, das im Jahre 1818 alle Beschränkungen des freien Verkehrs zwischen den verschiedenen Provinzen aufhob und die Zoll-Linien überall auf die damaligen Grenzen der Monarchie vorrückte, also eine Zollvereinheitlichung auf der Grundlage des inneren Freihandels schuf. Von nun an begann eine rege Propaganda für den größeren und idealeren Plan des wirtschaftlich geeinten Deutschlands, die vor allem von Friedrich List und Nebenius betrieben wurde. List trat im Frühjahr 1819 in Verbindung mit einer Anzahl von Kaufleuten und Fabrikanten, die Gegner der ungünstigen zollpolitischen Verhältnisse in Deutschland waren und verfaßte für den in demselben Jahr gegründeten Verein Deutscher Kaufleute und Fabrikanten eine Petition, die an den Bundestag gerichtet wurde. In dieser berühmten Denkschrift, die man als Ausgangspunkt des deutschen Zollvereins betrachten kann, und in der die damaligen uns hier interessierenden Verhältnisse im Deutschen Reich gut geschildert wurden, heißt es: „38 Zoll- und Mauthlinien in Deutschland lähmen den Verkehr im Innern und bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in ein anderes überfließen kann. Um von Hamburg nach Oesterreich, von Berlin nach der Schweiz zu handeln, hat man 10 Staaten zu durchreisen, 10 Zoll- und Mauthordnungen zu

24) Vgl. zum folgenden L. Bosc, Zollalliancen und Zollunionen, II. Teil, 1. Kapitel, 2. Abschnitt, S. 103—133. H. Pentmann, Die Zollunionsidee und ihre Wandlungen.

studieren, 10mal Durchgangszölle zu bezahlen. Wer aber das Unglück hat, auf einer Grenze zu wohnen, wo 3 oder 4 Staaten zusammenliegen, der verlebt sein ganzes Leben mitten unter feindselig gesinnten Zöllnern und Mauthnern, der hat kein Vaterland. Trostlos ist dieser Zustand für Männer, welche wirken und handeln möchten, mit neidischen Blicken sehen sie hinüber über den Rhein, wo ein großes Volk vom Kanal bis an das Mittelländische Meer, vom Rhein bis an die Pyrenäen, von der Grenze Hollands bis Italien auf freien Füßen und offenen Landstraßen Handel treibt. — Die Kraft derselben Deutschen, die zur Zeit der Hansa, unter dem Schutz deutscher Kriegsschiffe den Welthandel trieben, geht durch 38 Mauth- und Zollsysteme zugrunde." — Aber die Gründung des Deutschen Zollvereins war trotzdem keine Kleinigkeit, mannigfache Widerstände mußten erst überwunden werden. Der Hauptfeind des Deutschen Zollvereins, wie überhaupt der deutschen Einigung, war der Vorsitzende des Deutschen Bundes: Oesterreich mit seinem Vertreter Metternich. Auf der Grundlage des Deutschen Bundes konnte also die wirtschaftliche Einigung Deutschlands von vornherein nicht geschehen. Sie ist dann auch durch den allmählichen Anschluß an das preußische Zollgebiet vor sich gegangen und wäre der Deutsche Zollverein nicht eine wirtschaftliche und finanzielle Notwendigkeit der Einzelstaaten gewesen, so hätte er sicherlich noch länger auf sich warten lassen. Er kam schließlich zustande durch den Zusammenschluß des Preußisch-hessischen Zollvereins, des Württembergisch-bayerischen Zollvereins, der mitteldeutschen Staaten und Badens. Der 1. Januar 1834 ist der historische Tag, an dem die Zollmauern in den meisten deutschen Ländern fielen. Was hat nun der Deutsche Zollverein, auf den sich die heutigen Verteidiger der europäischen Zollunions-Idee so oft berufen, mit dem Plan der Europäischen Zollunion gemeinsam und welches sind die Unterschiede? Große Aehnlichkeit besteht zunächst zwischen der wirtschaftlichen Lage der damaligen deutschen Staaten und der der europäischen Staaten von heute. In beiden Fällen wurde der Zollunionsgedanke durch die ungünstigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse gestärkt und zum Teil hervorgerufen. So wie damals das Deutsche Reich politisch und wirtschaftlich zerstückelt und durch zahlreiche Verkehrshemmnisse auseinandergerissen war, so ist heute Europa durch zahlreiche Grenzen, Schutzzolltarife, Lizenzen und Verbote zersplittert, wodurch Handel und Verkehr gelähmt werden. Ebenso wie heute der Weltkrieg die wirtschaftliche Not Europas hervorgerufen hat, so hatte damals Deutschland stark unter den unmittelbaren Nachwirkungen der napoleonischen Kriege zu leiden, wobei damals hinzukam, daß sich Deutschland am Anfang

des 19. Jahrhunderts auf einer primitiveren Wirtschaftsstufe befand und die Zustände der damaligen Produktion keine rasche Besserung schaffen ließen. Wie damals List mit Neid auf die wirtschaftlich geeinten Gebiete im Vergleich zu dem wirtschaftlich uneinigen und zersplitterten Deutschlands hinwies, so weisen heute die Vertreter der Europäischen Zollunion auch mit einem gewissen Neid auf die bereits bestehenden größeren einheitlichen Wirtschaftskörper, vor allem auf die Vereinigten Staaten von Amerika hin. Trug damals die wirtschaftliche Ueberlegenheit Englands auf industriellem Gebiete sehr viel dazu bei, England ein geeintes Deutschland entgegen zu setzen, so trägt heute das wirtschaftlich übermächtige Nordamerika seinen Teil dazu bei, den Vereinigten Staaten von Amerika die wirtschaftlich geeinten Staaten von Europa entgegenzusetzen. Die wirtschaftliche Not ist also das Gemeinsame zwischen diesen beiden Zollvereinsideen, wenngleich auch die damalige Zeit des Frühkapitalismus den Vergleich mit unserer Zeit des Hochkapitalismus erschwert.

List hielt auch, wie die Vertreter der heutigen Paneuropaidee, das kosmopolitische Prinzip für ideal. Er sah in der künftigen Union aller Nationen, in der Herstellung des ewigen Friedens und der allgemeinen Handelsfreiheit das Zukunftsideal, aber dennoch war er alles andere als ein bodenloser Kosmopolit[25]). Er warf der kosmopolitischen Schule der damaligen Zeit vor, daß sie einen Zustand, der erst werden soll, als wirklich bestehend annehme, weil sie die Existenz einer Universalunion und des ewigen Friedens voraussetze und daraus die großen Vorteile der Handelsfreiheit folgere. Es war ihm nicht wie der kosmopolitischen Schule um die Frage zu tun, wie das gesamte menschliche Geschlecht zu Wohlstand gelangen könne, sondern in erster Linie war es ihm um die Frage zu tun, wie eine gegebene Nation unter den gegebenen Weltverhältnissen durch Ackerbau, Industrie und Handel zu Wohlstand, Zivilisation und Macht gelangen könne. Auch die heutigen Vertreter der europäischen Zollunionsidee sind zwar oft keine unbedingten Internationalisten und Kosmopoliten, sie gehen jedoch einen erheblichen Schritt weiter als List, denn ihre Fragestellung lautet nicht, wie unter den heutigen gegebenen Weltverhältnissen einer Nation vor allem zu helfen sei, sondern sie fragen sich, wie heute dem europäischen Kontinent am besten zu helfen sei, so daß er seinen Wohlstand und seine Kultur retten könne. List schwebte auch eine kräftige kommerzielle und politische Einheit auf dem europäischen Kontinent vor, die ihm den Frieden für lange Zeit verbürgen könne. Er sah auch schon damals voraus[26]), daß die Idee des kontinentalen

25) Vgl. List, Das nationale System der politischen Oekonomie.
26) Vgl. List, Das nationale System der politischen Oekonomie.

Systems immer wiederkehren werde, und daß die Notwendigkeit ihrer Realisierung den Kontinentalnationen sich immer stärker aufdrängen werde. Auch die wirtschaftliche Uebermacht und Ueberlegenheit Amerikas gegenüber Europa hat List damals schon vorausgesehen und gemeint, daß ein engerer Zusammenschluß Europas gegenüber dieser Ueberlegenheit einst geboten sein werde. All diese Ideen und Erwägungen aber hinderten List nicht, für die damalige Zeit zunächst die nationale Idee als die höchste, zurzeit realisierbare Vereinigung der Menschen in den Vordergrund zu stellen und auch für den Deutschen Zollverein eine aggressive Hochschutzzollpolitik zu empfehlen.

Lists ganzes Gebäude ist auf der Nationalitätsidee aufgebaut, das Gebäude der heutigen Anhänger an die Europäische Zollunionsidee dagegen mehr oder weniger auf der europäischen Staatsidee. Bei dem von List hervorgerufenen Deutschen Zollverein vollzog sich der Uebergang vom kleineren Territorialstaat zum größeren Nationalstaat, hier soll sich der Uebergang vom Nationalstaat zum Staatenbund Paneuropa vollziehen. Dort handelt es sich um die Durchführung der nationalen Idee und um eine aggressive Schutzzollpolitik des Zollvereins, hier dagegen letzten Endes um einen Abbau der nationalen Idee zu Gunsten der paneuropäischen Idee, um eine Vereinigung von Völkern verschiedener Nationalität, Sprache und Rasse, sowie wahrscheinlich um eine möglichst freihändlerische Außenhandelspolitik. Außerdem muß man sich auch vor Augen halten, daß der Deutsche Zollverein auch insofern leichter durchzuführen war, als sich die deutschen Staaten damals noch in einem vorwiegend agrarischen Zustande befanden.

Der Deutsche Zollverein, wie er damals tatsächlich bestand und gegründet wurde, kann also nicht unbedingt als Vorbild und Parallele angesehn werden, die Listschen Ideen berühren sich jedoch zum großen Teil sehr eng mit den heutigen Europäischen Zollunionsideen, und manche Unterschiede liegen in den damaligen anderen Zeitverhältnissen begründet.

Noch ein anderer Zollunionsplan ist es, auf den die Vertreter der Europäischen Zollunion mit Vorliebe als Vorbild hinweisen, das ist der Plan einer Zollunion zwischen sämtlichen amerikanischen Staaten. Es ist daher hier zu untersuchen, welches die ideengeschichtlichen Parallelen und Unterschiede zwischen der Europäischen Zollunion und dem geplanten Panamerika sind. Ausgangspunkt für die Schaffung eines Panamerika ist die bekannte Monroedoktrin von 1823[27]), die lautet: „Amerika den Amerikanern." Ursprünglich besagt diese Monroedoktrin, daß

27) Vgl. u. a. Pentmann, Die Zollunionsidee und ihre Wandlungen.

Amerika sich nicht in europäische Angelegenheiten einmischen solle und daß ebenfalls die europäischen Staaten sich nicht in amerikanische Streitigkeiten mischen sollen, damit das Recht, in amerikanischen Angelegenheiten zu intervenieren, allein den Vereinigten Staaten von Amerika vorbehalten bleibe. Daraus entsprang dann schließlich der Plan, ganz Amerika zu den Vereinigten Staaten aller drei Amerika zusammenzuschließen. Sieben panamerikanische Kongresse haben bereits stattgefunden: Der erste im Jahre 1889 in Washington, der zweite im Jahre 1901 in Mexiko, der dritte im Jahre 1906 in Rio de Janeiro, der vierte 1910 in Buenos Aires, der fünfte 1923 in Chile, der sechste 1925 in Panama und der siebente 1928 in Habana. Jedoch ist es zu einer Zollunion zwischen den amerikanischen Staaten bisher nicht gekommen, weil die mittel- und südamerikanischen Staaten ihre politische Selbständigkeit auf keinen Fall aufgeben wollten und nicht geneigt waren, sich wirtschaftlich vollständig an Nordamerika anzuschließen, da sie in regem Handelsverkehr mit europäischen Staaten standen. So wurde auf all diesen Kongressen nur über verhältnismäßig unwesentliche Fragen, wie über gewisse gegenseitige Zollvergünstigung, Regelung der Verkehrsverhältnisse, Herbeiführung einer Gleichmäßigkeit in den Zollformalitäten für Ein- und Ausfuhr und ähnliches mit Erfolg verhandelt.

Es handelt sich nun bei diesem Panamerika ebenso wie bei dem geplanten Paneuropa um den Zusammenschluß von Staaten, die in Rasse, Sprache, Religion und Ueberlieferungen verschieden sind. Erschallt in Paneuropa der Ruf: Europa den Europäern, so erschallt hier der Ruf: Amerika den Amerikanern. Die Monroedoktrin setzt sich auch den Ausbau des amerikanischen Friedens und der amerikanischen Solidarität zum Ziele, ebenso wie sich die Paneuropaidee den Ausbau des europäischen Friedens und der europäischen Solidarität zum Ziele setzt. Trotzdem sind jedoch die Unterschiede zwischen der panamerikanischen und der paneuropäischen Idee nicht zu verkennen. Zunächst ist in Amerika nicht die gemeinsame wirtschaftliche Not und die gemeinsame Gefahr die treibende Kraft zum wirtschaftlichen Zusammenschluß, während in Europa gerade der Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse den Plan einer europäischen Zollunion hat aufkommen lassen, der von seinen Verteidigern als der einzige Ausweg zur Rettung aus der heute herrschenden wirtschaftlichen Krise in den europäischen Staaten angesehn wird. Ferner ist zu beachten, daß der amerikanische Zollverein letzten Endes nichts weiter ist als ein maskierter Annexionsplan der Vereinigten Staaten. Diese betrachten allem Anschein nach Panamerika als ein geeignetes Mittel zur Befriedigung ihrer imperialistischen Tendenzen. Das ist ja auch der Grund, weshalb die mittel- und südamerikanischen Staaten

die Schaffung der Vereinigten Staaten der drei Amerika ablehnen. Innerhalb der panamerikanischen Union erstreben die Vereinigten Staaten, Richter und ausführendes Organ des Gerichts zu sein. Sie sind es, die sich mit den Interessen jedes einzelnen amerikanischen Staates identifizieren wollen und die, wenn einem solchen Staate Unrecht geschieht, die Entscheidung mit politischer, militärischer und wirtschaftlicher Gewalt ihrerseits herbeiführen wollen. Der imperialistische Gedanke tritt deshalb bei den Vereinigten Staaten sehr stark hierbei in den Vordergrund, sie verlangen innerhalb des amerikanischen Kontinents Frieden und Ordnung, weil sie dies für die Erweiterung ihrer Machtstellung brauchen. Die Vereinigten Staaten haben auch bei dieser Bewegung die entschiedene Führung. Ganz anders bei der Europäischen Zollunion: Hier handelt es sich nicht in erster Linie um imperialistische Machttendenzen und um die Vorherrschaft eines einzelnen Staates, der wie die Vereinigten Staaten beansprucht, Richter und ausführendes Organ des Gerichts zu sein. Vielmehr wird der kontinentale Imperialismus von den überwiegend meisten Vertretern der Europäischen Zollunion abgelehnt und die wirtschaftliche Not, die der Zusammenschluß beseitigen soll, tritt hier in den Vordergrund. Daher kann auch Panamerika nicht unbedingt als geeignetes Vorbild für Paneuropa angesehn werde. Die beiden Ideen haben, wie bewiesen, manche Unterschiede aufzuweisen.

Noch ein anderer Zollvereinsplan soll hier zum Vergleich herangezogen werden, d. i. die Idee eines mitteleuropäischen Zollvereins, die seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts in verschiedenen Variationen und in vielen Ländern vertreten wurde. Unter den vielen Vorschlägen verdient besonders der Plan von Professor Julius Wolff Anfang dieses Jahrhunderts zur Gründung eines europäischen Wirtschaftsbundes unsere Beachtung, da er sich vielfach mit den Ideen, die heute zur Gründung einer Europäischen Zollunion bestehen, berührt[28]). Wolffs Pläne interessieren uns außerdem um so mehr, als er heute zu den Vorstandsmitgliedern der Paneuropäischen Union gehört. Wolff wollte im Gegensatz zu den meisten andern Plänen, die eine gegen die Vereinigten Staaten von Amerika gerichtete Offensivzollunion erstrebten, von jeder offensiven Tendenz absehen und auch den Vereinigten Staaten gegenüber den Grundsatz der Gegenseitigkeit anwenden. Um diesen Plan durchführen zu können, sollte ein wirtschaftlicher Verein ins Leben gerufen werden, der „Verein

28) Vgl. Pentmann, Die Zollunionsidee und ihre Wandlungen. J. Wolff, Vorläufer und Parallelen einer Europ. Zollunion in H. Heimann, E. Z. U.

zur Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der mitteleuropäischen Staaten", der durchführbare Dinge auf dem Wege der europäischen Verständigung zu erreichen versuchen sollte. Die Idee eines vollkommenen Zollvereins wies er wegen seiner vorläufigen Undurchführbarkeit einstweilen ab. Die europäischen Staaten sollten nach Wolffs Plan nicht gegen Amerika kämpfen, sondern sie sollten sich die Vorteile Nordamerikas soweit als möglich durch gemeinsame Verständigung und gemeinsame Maßregeln aneignen. Am 21. Januar 1904 wurde dann in Berlin der Grundstein zum Deutsch-mitteleuropäischen Wirtschaftsverein gelegt, ihm folgte bald ein solcher in Ungarn, einer in Oesterreich und schließlich ein vierter in Belgien. Wolffs Programm gemäß sollte als letztes Ziel die Zollunion zwischen mitteleuropäischen Staaten erstrebt werden, vorläufig aber glaubte er nicht an die praktische Durchführung einer echten Zollunion und erstrebte daher nur eine Annäherung der mitteleuropäischen Zolltarife, Durchführung verwaltungstechnischer Reformen u. ä.

Die Idee des mitteleuropäischen Zollvereins wurde während des Weltkrieges besonders von Friedrich Naumann durch sein im Herbst 1915 der Oeffentlichkeit übergebenes Werk „Mitteleuropa" weiter vertreten und stark gefördert. Naumann dachte an ein Zusammenwachsen derjenigen europäischen Staaten, die weder zum englisch-französischen Westbunde, noch zum russischen Reich gehören, vor allem an den Zusammenschluß des Deutschen Reiches mit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie und hoffte, daß später einmal auch Frankreich sich zu Mitteleuropa rechnen werde. Es handelt sich bei Naumann nicht nur um ein wirtschaftliches, sondern gleichzeitig auch um ein politisches Bündnis zwischen den mitteleuropäischen Staaten, sein Programm war infolgedessen bedeutend weitgehender als das Wolff'sche Programm und das Programm der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine. Das Deutsche Reich, so sagt Naumann in seiner Begründung, sei für sich allein zu klein, um dem Ansturm aller anderen Mächte in Zukunft und auf die Dauer trotzen zu können, deshalb müsse es ein dauerndes Bündnis mit andern Staaten schließen. Der Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten nach dem Weltkriege werde eine Notwendigkeit sein, weil der Geist des Großbetriebes und der überstaatlichen Organisation die Politik erfaßt habe und derjenige, der unverbündet ist, gefährdet sei und keinen Weltkrieg mehr aushalten könne. Naumanns Werk ist während des Krieges vom Ausland und zum Teil auch von vielen Deutschen oft als Kennzeichen des deutschen Imperialismus bezeichnet worden. Das dürfte jedoch eine Verkennung der Naumann'schen Ideen sein. Naumann war alles andere als Imperialist, für ihn war Mitteleuropa keineswegs das Ziel des germanischen

Machtgedankens, er wollte es vielmehr schaffen, damit es sich nach dem Kriege angesichts der anderen Staaten und angesichts der großen politischen Konzernbildungen, die auf dem Erdball vor sich gingen, halten könne. Der Selbsterhaltungstrieb war das treibende Moment bei ihm. Ohne den Zusammenschluß, so meinte er, könne Deutschland und die Völker, die an seiner Seite leben, nach dem Kriege nicht in gesicherter Weise existieren und nicht Not und Armut überwinden. Innerhalb der Bildung der Weltkonzerne können Deutschland und die anderen mitteleuropäischen Staaten ihre Staats- und Wirtschaftsmacht, ihre arbeitenden Massen, ihre Talente und ihre Kultur ohne einen engeren Zusammenschluß nicht mehr zur Geltung bringen. Das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sowie mit den andern mitteleuropäischen Staaten erschien ihm dabei als das sicherste und natürlichste Bündnis, das man sich vorstellen könne, das beweise u. a. die Geschichte, da es im Mittelalter unter der Vorherrschaft der deutschen Kaiser bereits ein Mitteleuropa gegeben habe. Mitteleuropa sollte also nach Naumanns Plänen nicht als pangermanistisch-imperialistisches Gebilde geschaffen werden, sondern als natürliches Rettungs- und Verteidigungsmittel. Ehe die Menschheitsorganisation, so sagt Naumann, die Vereinigten Staaten der Erdkugel, zustande kommen können, werde noch eine lange Zeit vergehn, in der zunächst Menschheitsgruppen, die über das nationale Maß hinausgehen, geschaffen werden müssen, um um den Ertrag der Arbeit zu ringen. In Mitteleuropa, so sagt er, könne zunächst in der Praxis verwirklicht werden, was im gegenwärtigen Zeitalter an der internationalen Idee realisierbar sei. Auch der Plan der Vereinigten Staaten von Europa, von dem schon damals viel gesprochen wurde, war ihm zu kompliziert und utopisch. Er meinte, daß, wenn Mitteleuropa erst einmal geschaffen sei, die anderen europäischen Staaten sich viel eher bereit erklären würden, sich diesem großen Verbande anzuschließen. Es berühren sich also die Naumann'schen Ideen mit heutigen Ideen der Vereinigten Staaten von Europa sehr eng. Sein Hinweis auf die große Konzernbildung auf dem Erdball, sein Gegensatz zu Rußland und England, sein Argument, daß heute die Nationalstaaten politisch und wirtschaftlich zu klein geworden, um Weltpolitik zu betreiben und Weltgeltung zu erlangen, alles sind enge Berührungspunkte mit den heutigen paneuropäischen Plänen, so daß man Naumanns Werk als unmittelbaren Vorgänger zur heutigen Paneuropaliteratur bezeichnen kann.

Seit dem Ende des Weltkrieges haben alle diese mitteleuropäischen Pläne und Ideen zum größten Teil einstweilen ihre praktische Bedeutung verloren, da durch die Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon sowie durch den Zerfall

Oesterreich-Ungarns der politische Zusammenschluß Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn, also der Kern der mitteleuropäischen Pläne, praktisch unmöglich geworden ist.

4. Hauptabschnitt.

Darstellung der verschiedenen Personen und Programme, die sich heute für die europäische Zollunion einsetzen.

Durch die wirtschaftliche Not der europäischen Länder in der Nachkriegszeit ist die Propagandatätigkeit für eine europäische Zollunion und für ein Paneuropa besonders rege geworden. Wissenschaftler, Politiker und Interessenten, alle beteiligen sich an dieser Propaganda, und die Literatur, die Zeitschriften und Zeitungen der letzten Jahre sind voll von Plänen und Vorschlägen, die auf die Gründung einer Europäischen Zollunion mehr oder weniger hinauslaufen. Die regste Propagandatätigkeit in dieser Hinsicht entfaltet der österreichische Graf Coudenhove-Kalergi und seine Anhänger, von denen nicht nur ein wirtschaftlich, sondern darüber hinaus auch ein politisch geeintes Europa, der Staatenbund Paneuropa, propagiert wird. Im Oktober 1923 hat Graf Coudenhove-Kalergi [29]) die Paneuropäische Union gegründet, die bereits im Oktober 1926 den ersten paneuropäischen Kongreß in Wien abgehalten hat, an dem Delegierte von 28 Staaten anwesend waren und der von dem Altbundeskanzler Dr. Seipel eröffnet wurde. Als offizielles Organ der Paneuropabewegung und der Paneuropäischen Union erscheint seit April 1924 die von Coudenhove-Kalergi herausgegebene Zeitschrift „Paneuropa", die eine ständige Verbindung zwischen der Zentrale und den Mitgliedern der Union herstellt und die zu allen aktuellen Fragen der europäischen Einigung Stellung nimmt. Coudenhove-Kalergi plant Selbsthilfe Europas durch Zusammenschluß der europäischen Staaten zu einem politisch-wirtschaftlichen Zweckverband, damit es seine Selbständigkeit und seinen Frieden den wachsenden außereuropäischen Weltmächten gegenüber wahren könne. Er verspricht sich davon vor allem: Sicherung vor einem intereuropäischen Kriege, Schutz vor einer russischen Invasion, Konkurrenzfähigkeit gegenüber der amerikanischen und britischen Industrie sowie Garantie des europäischen Kolonialbesitzes. Umfassen soll dieses Paneuropa sämtliche Staaten Kontinentaleuropas mit Einschluß

29) Vgl. Coudenhove-Kalergis Buch „Paneuropa" sowie die von ihm herausgegebene Zeitschrift Paneuropa.

Irlands und der europäischen Kolonien. Das Restgebiet der europäischen Türkei, England und Rußland sollten seinem ursprünglichen Programm nach ausgeschlossen sein. Rußland, weil eine engere Föderation zwischen der sowjetischen Weltmacht und demokratischen Staaten praktisch undurchführbar sei, und England, weil es mit seinen Kolonien selbst eine interkontinentale Weltmacht bilde und aus Europa herausgewachsen sei. Jedoch ist die Stellung Coudenhove-Kalergis gegenüber dem Ausschluß Englands und Rußlands in der letzten Zeit bedeutend maßvoller geworden. Die endgültige Entscheidung, ob England und Rußland dabei sein sollen, soll die eigentliche Angelegenheit dieser Völker selbst sein, wie auch in der Resolution auf dem ersten paneuropäischen Kongreß vom Oktober 1926 beschlossen wurde. Das Programm der Paneuropäischen Union wird laut Beschluß des paneuropäischen Kongresses in folgender Weise zusammengefaßt [30]):

1. Die Paneuropabewegung ist die überstaatliche Massenbewegung zur Einigung Europas. Die Paneuropäische Union ist Trägerin der Paneuropabewegung.
2. Die Paneuropäische Union bezweckt die Schaffung einer Schwesterorganisation zur Panamerikanischen Union, welche an dem Zusammenschluß des amerikanischen Kontinents arbeitet. (Januar 1928 gestrichen.)
3. Das Ziel der Paneuropabewegung ist der Zusammenschluß aller europäischen Staaten, die es wollen und können, zu einem politisch-wirtschaftlichen Staatenbund, gegründet auf Gleichberechtigung und Frieden.
4. Das weltpolitische Programm der Paneuropabewegung ist: freundschaftliche Zusammenarbeit mit den übrigen politischen Kontinenten im Rahmen des Völkerbundes.
5. Die Paneuropäische Union enthält sich jeder Einmischung in innerpolitische Fragen.
6. Die Paneuropäische Union ist nach Staaten gegliedert; jeder Staat hat sein selbständiges Komitee, das sich autonom finanziert. Das Zentralbüro der Paneuropäischen Union, das den Zusammenhang aller einzelstaatlichen Unionen aufrecht erhält, befindet sich in Wien.
7. Das Zeichen der Paneuropäischen Union ist ein rotes Kreuz auf goldener Sonne.

Organisation statt Anarchie, Schiedsgericht statt Krieg, Abrüstung statt Wettrüstung, solidarische Garantie statt Selbsthilfe, Kooperation statt Konkurrenz sind schlagwortartig ausgedrückt die Ziele Coudenhove-Kalergis. Aus den wirtschaftlichen Nöten

30) Vgl. Zeitschrift Paneuropa, 2. Jahrg., Heft 13/14, S. 60–61.

soll Europa herausgeführt werden, und der Krieg, den sich heute die geschwächten europäischen Nationen nicht leisten können, ohne bestenfalls eine unheilbare Wunde davon zu tragen, soll verhindert werden. Die nationalen Verschiedenheiten, die diesem Programm im Wege sein könnten, sind nach den Ansichten Coudenhove-Kalergis nicht so stark, weil es eine reine Rasse in ganz Europa nicht mehr gebe. Europa, so sagt er, ist verbunden durch die christliche Religion, durch die europäische Wissenschaft, Kunst und Kultur, die auf christlich-hellenischer Basis aufgebaut ist, durch gleiche oder ähnliche Verfassungen und Gesetze, gleiche Lebensweise, gleiche Moral, gleiche Sitten und Gewohnheiten, gleiche Mode und Kleidung, sowie gleiche Kunstrichtungen in Malerei, Literatur und Musik. Nach Coudenhove-Kalergis Ansicht habe Europa jetzt die Wahl zwischen Zusammenschluß oder Untergang, denn angesichts der großen Erdraumorganismen, die sich seiner Ansicht nach bereits gebildet haben: das Britische Reich, Panamerika, Ostasien und das Russische Reich, könne sich das verhältnismäßig kleine Europa in seiner großen Zerrissenheit und Zerklüftung unmöglich lange mehr halten. Charakteristisch für die Ideen, die dieser Paneuropabewegung zugrunde liegen, ist das Manifest, das auf dem ersten paneuropäischen Kongreß von den Vertretern der einzelnen Nationen abgefaßt wurde und an alle Teilnehmer des Kongresses gerichtet war. Hier heißt es u. a., daß die Paneuropäische Union geschaffen sei, um dem Bruderkampf ein Ende zu machen, die politischen Haßgefühle zu beseitigen und die wirtschaftlichen und nationalen Reibereien zwischen den einzelnen europäischen Nationen unmöglich zu machen. Außerdem habe sich die Paneuropäische Union die Beseitigung der Barrieren zur Aufgabe gemacht, welche die europäischen Staaten in ihrer Bewegungsfreiheit beschränken und ein Hindernis auf dem Wege einer Entwicklung großen Stils bedeuten. Schließlich erstrebe die Paneuropäische Union, einen künftigen Krieg unmöglich zu machen.

Nachdem die Paneuropäische Union sich zuerst mehr rein politischen Problemen gewidmet hat, hat sie in der letzten Zeit ein eigenes Wirtschaftsbüro mit dem Sitz in Brüssel geschaffen, das sich mit den rein wirtschaftlichen Problemen beschäftigt und das die Vorarbeiten und Vorschläge zur Bildung einer Europäischen Zollunion ausarbeiten soll. Dieses Büro hat sich die Aufgabe gestellt, zunächst systematisch die zahlenmäßigen Grundlagen für die Produktionskraft jedes Zweiges der Wirtschaft und für die gegenwärtige Konsumkraft der europäischen Bevölkerung auszuarbeiten. Auf Grund der Ergebnisse dieser Feststellungen will das Büro im Einvernehmen mit den Organisationen der Industrie für jeden Spezialzweig der Erzeugung einen genauen

Verteilungs- bzw. Arbeitszuteilungsplan ausarbeiten, durch den zunächst jeder, auch der unrentabelste Betrieb, auf bestimmte Zeit eine Produktionsquote und ein Absatzgebiet zugeteilt erhält. Hierdurch soll die Aufrechterhaltung des Schutzzolls unnötig gemacht werden. Auf diese Weise will das Büro allmählich zur Erreichung der paneuropäischen Wirtschaftseinheit kommen, wobei es sich ganz kurz zusammengefaßt etwa folgendes Programm vor Augen hält [31]):

1. Vorbereitung der zahlenmäßigen Produktions- und Konsumtions-Grundlagen für alle europäischen Wirtschaftszweige.
2. Branchenweiser Zusammenschluß der gesamten europäischen Wirtschaft unter genauer Aufteilung der Absatzgebiete.
3. Aufhebung der Hochschutz- und Erziehungszölle in ganz Europa.
4. Zusammenfassung und Tailorisierung der gesamteuropäischen Wirtschaft.
5. Einführung einer partiellen Umsatzsteuer zum Ersatz der entfallenden Zolleinnahmen der Regierung.
6. Schaffung einer paritätischen Kalkulationsstelle zur Ueberwachung der Preise und der rationellen Produktion.
7. Gemeinsame Bewirtschaftung der europäischen Kolonien.
8. Vereinheitlichung des europäischen Gesetzesrechts.
9. Zusammenfassung des europäischen Verkehrssystems.
10. Schaffung einer paneuropäischen Goldwährung mit einer Zentralnotenbank als Clearinginstitut.

Daß gerade Graf Coudenhove-Kalergi sich mit so großem Eifer für die paneuropäische Idee einsetzt, daß ihm die nationalen Unterschiede innerhalb Europas als verhältnismäßig geringfügig erscheinen und er kosmopolitisch eingestellt ist, läßt sich unter anderem schon aus seiner Abstammung erklären. Coudenhove-Kalergi ist ein Sprößling eines ursprünglich vlämischen, seit mehreren Generationen in Böhmen ansässigen Geschlechts, der Sohn eines österreichisch-ungarischen Diplomaten und einer Japanerin, in seinen Adern fließt außerdem auch baltisches, griechisches und französisches Blut. Er wurde 1894 in Tokio geboren, wo zu dieser Zeit sein Vater als diplomatischer Vertreter am japanischen Hofe residierte. Schon während des Krieges hat Coudenhove-Kalergi, der von Anfang an ein entschiedener Gegner des Krieges war, den Entschluß gefaßt, mit aller Kraft einer ähnlichen Katastrophe entgegenzuwirken. Da er fast überall nicht die gewünschte Unterstützung zur Verwirklichung seiner Pläne fand, beschloß er, selbst die Initiative zu ergreifen, und so brachte

---

31) Vgl. *Dr.* Otto Deutsch, Paneuropäisches Wirtschaftsprogramm in „Paneuropa" 3, 1.

er bald selbst die Bewegung zur Einigung Europas in Fluß. Auch daß Graf Coudenhove-Kalergi katholisch ist, spielt, wie wir in einem der folgenden Kapitel noch näher sehen werden, eine nicht geringe Rolle.

Wesentlich im Anschluß an Graf Coudenhove-Kalergi und im wesentlichen auch von demselben Gesichtspunkte ausgehend, setzt sich der deutsche Staatssekretär z. D. Paul Göhre, der ursprünglich sozialistischer Pfarrer war, in seinem Buch „Deutschlands weltpolitische Zukunft" für die Idee des europäischen Zusammenschlusses, vom deutschen Standpunkte aus gesehen, ein, weshalb er auch offiziell als „der deutsche Coudenhove" bezeichnet wird. Nachdem er zu begründen versucht, daß weder ein bedingungsloser Pazifismus, noch ein Revanchekrieg, noch die Weltrevolution die geeigneten Mittel zur Rettung Deutschlands seien, legt er dar, daß Deutschlands Heil nur in der Einigung der europäischen Völker liegen könne. Die politische Selbständigkeit der Völker solle jedoch nicht angetastet werden dürfen. Auch Göhre weist hin auf die bereits gebildeten oder zum mindesten in Bildung begriffenen Großerdraumorganismen, von denen er auch Sowjetrußland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Südamerika, Südostasien und schließlich das großenglische Imperium, das allerdings ganze künftige Erdraumorganismen wie Canada, Südafrika und Indien in sich schließe, hinweist. Paul Göhre denkt an den Zusammenschluß der europäischen Staaten mit Ausnahme von England und Rußland, aber mit Einschluß des nördlich der Sahara gelegenen Teils Afrikas. Aber Göhre verschließt seine Augen auch nicht den Hindernissen, die einem solchen Bunde noch entgegenstehen. Als großes Hindernis betrachtet er, und darin unterscheidet er sich vor allem von Coudenhove-Kalergi, den Versailler-Vertrag, der die Staaten Europas in Sieger, Unterlegene und Neutrale scheide. Ein Kontinentaleuropa aber, so sagt er, sei nur möglich auf dem Boden völliger Gleichberechtigung; zwischen allen müsse Vertrauen und gegenseitige Achtung herrschen. Daher sei unbedingt Voraussetzung für die Schaffung von Paneuropa die Beseitigung oder zum mindesten starke Milderung des Versailler Vertrages. Es müßte vorher ein Reparationskongreß geschaffen werden, der u. a. auch die Möglichkeit einer neuen Volksabstimmung für alle Völker Kontinentaleuropas über ihre Staatszugehörigkeit schaffe. Undinge wie der polnische Korridor müssen erst verschwinden.

Neben der paneuropäischen Union gibt es noch eine Reihe anderer Vereinigungen, die sich die Herstellung des europäischen Friedens und der europäischen Verständigung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete mit dem Ziele einer europäischen Zollunion bzw. der Vereinigten Staaten von Europa zur Auf-

gabe gemacht haben. Unter diesen sei hier der im Sommer 1926 in Genf unter dem Generalsekretariat von Dr. Alfred Nossig und unter dem Vorstande von Professor Schücking, Wilhelm Heile und Emil Borel ins Leben gerufene „Bund für europäische Verständigung" erwähnt, dessen Programm mit dem der Paneuropäischen Union viel Aehnlichkeit aufzuweisen hat, obwohl diese beiden Organisationen sich gegenseitig eher bekämpfen als fördern[32]). Dieser Bund hat ein Manifest an die Völker Europas in französischer, englischer und deutscher Sprache abgefaßt, dem Angehörige von 24 europäischen Völkern, zum Teil auch leitende Staatsmänner, wie Dr. Marx, Dr. Stresemann, Briand u. a.; sowie zahlreiche ehemalige führende Politiker zugestimmt haben. Von England hat der Führer der Arbeiterpartei, Mac Donald, mitunterzeichnet, von Deutschland, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Litauen, Polen, Portugal und der Tschecho-Slowakei die Außenminister bzw. die Ministerpräsidenten. In dem Manifest dieses Bundes heißt es, daß die größte Lehre des Weltkrieges die Erkenntnis der Interessensolidarität der europäischen Völker sei. Die verschiedenen, aus dem Völkerbundpakt hervorgegangenen Bemühungen stellen ausdrückliche Versuche dar, das Heil Europas zu fördern. Nachdem die Regierungen das Zeichen zu einer neuen Politik der Versöhnung gegeben haben, sei es die Aufgabe der Völker selbst, den auf positive Arbeit gerichteten Zusammenschluß der europäischen Völker zu verwirklichen. Dann heißt es wörtlich weiter: „Der Bund setzt sich im wesentlichen zum Ziel, das Verständigungswerk der Regierungen zu ergänzen und deren künftige Schritte vorzubereiten, indem er auf die Völker selbst einwirkt und ihnen das Bewußtsein ihrer Solidarität wachzurufen sich bemüht. Zu seiner Hauptaufgabe gehört demnach die Herbeiführung der europäischen Entspannung, sowie der moralischen und effektiven Abrüstung, die Beseitigung der Ursachen künftiger Kriege durch freundschaftliche Verständigung, schließlich die tunlichste politische und wirtschaftliche Annäherung der europäischen Völker zwecks Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen.

Der Bund beachtet die strengste Neutralität in allen inneren Fragen politischer und sozialer Natur; er betrachtet die Erhaltung der nationalen und kulturellen Eigenart jedes Volkes als unentbehrliche Vorbedingung aller europäischen Zusammenarbeit. Der Bund wird im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens aufs energischste jedes Streben nach einem kontinentalen Imperialismus bekämpfen, der sich eines Tages gegen andere Erdteile wenden könnte. Er nimmt sich vor, die Zusammenarbeit

32) Vgl. „Deutsche Allgem. Zeitung", Für europ. Verständigung, vom 27. 7. 26. sowie Zeitschrift „Paneuropa", April 1927, S. 8.

der verschiedenen Kontinente ebenso eifrig anzustreben, wie die der europäischen Völker. Sein letztes Ziel kann nur in der endgültigen Stabilisierung des Weltfriedens bestehen."

Erheblich mehr[33]) als die bisher Genannten unterscheidet sich von Coudenhove-Kalergi und der Paneuropäischen Union der Prinz Karl Anton Rohan, der Gründer des im Frühjahr 1922 in Wien ins Leben gerufenen österreichischen Kulturbundes und der Herausgeber der seit 1925 erscheinenden Zeitschrift „Europäische Revue". Die Gründung des Kulturbundes in Oesterreich hat in mehreren Ländern, und zwar bisher in Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Portugal, Rumänien, Spanien, der Tschecho-Slowakei und Ungarn, die Gründung derartiger Vereine zur Folge gehabt, die sich in einer internationalen Versammlung im November 1924 in Paris zum „Internationalen Verband für kulturelle Zusammenarbeit" (Fédération des Unions Intellectuelles) zusammengeschlossen haben[34]). Der Zweck dieses internationalen Verbandes geht aus dem Artikel 1 seiner Satzung hervor, in dem es heißt: „Der Internationale Verband für kulturelle Zusammenarbeit bezweckt, unter Ausschaltung aller Fragen der Nationalität, der Partei, der Konfession, der Klasse oder Rasse, die Besten aller Länder auf geistigem Gebiet zu sammeln und besonders den Gedankenaustausch, die persönlichen Beziehungen usw. zu fördern, um eine günstige Atmosphäre für die Verständigung der Völker zu schaffen." Der Generalsekretär des Verbandes ist Prinz K. A. Rohan. Mitglieder des ständigen Ausschusses sind: Emil Borele, Mitglied des Institut de France, Ludwig Curtius, Deutschland, Frederigo Enriques, Professor der Universität in Rom, Gilbert Murray, Professor an der Universität Oxford, und Gonzague de Reynold, Professor an der Universität Bern. Auch Rohan tritt für ein einiges Europa ein, auch er ist wie Coudenhove-Kalergi österreichischer Hocharistokrat und Katholik, aber zwischen den Methoden und auch zwischen den Zielen Rohans und des Verbandes für kulturelle Zusammenarbeit einerseits und Coudenhove-Kalergis und der Paneuropäischen Union andererseits bestehen doch mannigfache Unterschiede und Gegensätze. Graf Coudenhove-Kalergi ist dem Prinzen Rohan zu utopisch und zu weitgehend sowie zu politisch, sein Programm zu detailliert. Sein Verband ist eine durchaus unpolitische, eine ausschließlich auf kulturellem Gebiete wirkende Organisation, er will durch zielbewußte Kleinarbeit den Menschen der europäischen Geisteselite Gelegenheit geben, zu Europäern zu werden. Während Coudenhove-Kalergi die Schaffung eines

33) Vgl. Rohan, Paneuropa in „Europäische Revue" 1, 11 u. 2, 8; sowie derf., Falsche und richtige Europapolitik in „Abendland" 1, 1.

34) Vgl. Europ. Revue, I., 7, S. 61—70.

europäischen Staatesbundes mit einem ganz bestimmten politischen Programm zum Ziele hat, will Rohan und der Kulturbund durch eine ganz beschränkte, bestimmte kulturorganisatorische Arbeit am Zusammenschluß Europas vorbereitend mitarbeiten, wobei er jedoch der geschichtlichen Entwicklung freien Lauf lassen und kein fertiges Zukunftsbild wie Coudenhove-Kalergi ausarbeiten will, die europäische Kulturgemeinschaft soll organisch erwachsen durch freies Zusammenwirken der nationalen Gemeinschaft. Rohan ist außerdem ein entschiedener Gegner des Ausschlusses Englands und Rußlands, die Tätigkeit seines Kulturbundes soll nicht nur auch England und Rußland umfassen, sondern sie soll sich nicht einmal auf das geographische Europa beschränken, wenn dieses auch das Hauptproblem für seine Arbeit bleiben wird. Er erstrebt allerdings auch, daß der einseitig überspannte Nationalismus dem gegenseitigen Verständnis und der gegenseitigen Achtung der europäischen Staaten Platz macht, und daß das Dogma vom Nutzen des Krieges bekämpft wird. Er wendet sich jedoch dabei nicht an die Massen des Volkes, sondern an die Intellektuellen, an die Geisteselite, die den Hauptbeitrag liefern sollen zu den geistigen Grundlagen der sich anbahnenden politischen Einheit Europas. In diesem Sinne arbeitet auch seine Zeitschrift „Europäische Revue", die die geistige Elite Europas um sich scharen und alle jene Kräfte sammeln will, die sich verpflichtet fühlen, das Erbe der europäischen Kultur zu wahren und zu erhalten. Auch sie wendet sich gegen den einseitig überspannten Nationalismus und will zu Verständnis und zur Achtung auch der ausländischen Art erziehen — Entsprechend der Einstellung Rohans setzt sich sein Verband für kulturelle Zusammenarbeit vorwiegend aus den europäischen Intellektuellen zusammen, die eine kulturelle Zusammenarbeit der europäischen Völker und der europäischen Wissenschaft wünschen. Vorwiegend Universitätsprofessoren, Schriftsteller, Maler und andere Gelehrte und Künstler bilden auch die führenden Mitglieder dieses Verbandes. — Sehr verwandt mit den Ideen Rohans, des Kulturbundes und der von seiner Zeitschrift „Europäische Revue" vertretenen Ansichten sind die Ideen gewisser katholischer Kreise Deutschlands, die sich um die seit dem 1. Oktober 1925 erscheinende Zeitschrift „Das Abendland" scharen [35]). Auch diese Zeitschrift will dem übernationalen Ganzen, der Besinnung auf die europäische Kulturgemeinschaft auf humanistisch-christlicher Grundlage dienen, sie will die Nationalstaatsentwicklung in ihrer Machtvergrößerung und Kriegsverherrlichung auf ihre berechtigten Grenzen zurückführen, wobei ihr

35) Vgl. v. allem F. Schreivogel, Kampf um das Abendland, in „Abendland" 1, 1. Derſ., Europa oder Abendland in „Abendland" 1, 6.

jedoch ebenfalls die Form der Vereinigten Staaten von Europa, wie sie Coudenhove-Kalergi vertritt, zu eng, zu konkret und zu politisch ist. Auch die Herausgeber dieser Zeitschrift lassen sich nicht von reinen Nützlichkeitserwägungen leiten, das Entscheidende liegt hier vielmehr auf geistigem und moralischem Gebiet. Das „Abendland" will keine neue Weltnation, sondern eine neue Ordnung der abendländischen Nationen und eine neue Lebensform der abendländischen Völker durch innere Wandlungen, nicht durch äußere Mittel. Man muß also das Streben nach abendländischer Kulturgemeinschaft, wie sie hier vertreten wird, von dem Streben nach tatsächlicher äußerlich sichtbarer europäischer Einheit unterscheiden, wenn sich auch zwangsläufig ergibt, daß beide Bestrebungen oft zusammenarbeiten und lange Strecken Weges gemeinsam gehen.

5. Hauptabschnitt.

Analyse der verschiedenen Ideenrichtungen bei den europäischen Zollunionsplänen.

Im folgenden Kapitel soll untersucht werden, welches die leitenden Ideen bei all diesen paneuropäischen Vereinigungen und Programmen, die in der Nachkriegszeit auftauchten, sind. Entsprungen sind diese Zollunions- und Verständigungspläne außer den rein wirtschaftlichen Motiven der Idee der Solidarität der europäischen Völker[36]), die unsere Gegenwart wieder zu erfüllen beginnt und die zum Teil als Gegensatz und Reaktion gegen die Idee der Nationalität, die in der Nachkriegszeit in voller Stärke hervortrat, bezeichnet werden kann. Die nationale Idee ist kurz nach dem Weltkriege fast überall und nicht nur in kriegführenden, sondern auch in den neutralen Staaten, ja auch in sehr vielen außereuropäischen Staaten gestärkt und macht sich in wirtschaftlicher Hinsicht dadurch bemerkbar, daß die eigenen Volksgenossen bevorzugt und die fremden zurückgesetzt werden und daß die eigene Wirtschaft eine Sonderstellung selbst auf Kosten wirtschaftlicher Rationalität erhebt. Sie äußert sich in der Zollpolitik, mit deren Hilfe man die nationalen Industrien schützen und den auswärtigen Handel beeinflussen will, sowie in anderen wirtschaftlichen Abschließungstendenzen der einzelnen Staaten mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden

36) Vgl. F. Eulenburg, Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit.

wirtschaftlichen Autarkie. Während man das 19. Jahrhundert als die Periode der liberalen Trennung von Staat und Wirtschaft, als die Zeit des freihändlerischen Harmonismus bezeichnen kann, begann am Ende des 19. Jahrhunderts die Periode des wiederaufkommenden Imperialismus und Neomerkantilismus[37]), wobei der Unterschied zwischen dem Merkantilismus der früheren Jahrhunderte und dem sogenannten Neomerkantilismus darin besteht, daß heute die kapitalistischen Kräfte nicht wie damals unter dem Staatszweck stehen und diesem nur untergeordnet sind, sondern daß heute vielmehr diese kapitalistischen Kräfte den Staat ihrerseits beeinflussen und ihn veranlassen, sie zu schützen und ihnen zu dienen, damit ihre Zwecke erreicht werden.

Es ist begreiflich, daß bald gegen diesen Neo-Merkantilismus die Gegenbewegung einsetzte und daß sich nach dem Weltkriege als Reaktion von neuem das Prinzip der Solidarität der Völker entwickelte, das gestärkt wurde durch das Bewußtsein der Abhängigkeit von anderen Völkern, durch die Erkenntnis der Angewiesenheit auf fremde Bodenerzeugnisse und die Notwendigkeit, den Nahrungsspielraum zu erweitern, um die eigene Wirtschaft aufrechterhalten zu können, sowie durch die Idee des technischen Fortschritts und die technischen Neuerungen im Verkehrswesen, durch die die räumlichen Entfernungen heute überbrückt werden. Diese Idee der Solidarität der Völker hat zum Ziele das Zusammenarbeiten der Länder und die Beseitigung der Verkehrs- und Handelsbeschränkungen. Sie äußert sich in dem Kampf gegen übertriebene nationale und chauvinistische Politik und in der Besinnung auf eine große Kulturgemeinschaft der europäischen Völker, die durch die Erbschaft des Altertums und die christliche Religion miteinander verbunden sind. Auf wirtschaftlichem Gebiete erstrebt diese Idee der Solidarität der Völker den Freihandel, auf politischem Gebiet Verständigung und Frieden. Man darf jedoch die Idee der Solidarität der europäischen Völker, wie sie von Anhängern der Europäischen Zollunion bzw. der Vereinigten Staaten von Europa vertreten wird, noch nicht mit dem Internationalismus indentifizieren. Durch das Aufstellen der Gegensätze von Nationalismus und Internationalismus kann man die paneuropäische Idee nicht ausdrücken, da diese weder nationalistisch noch rein internationalistisch ist. Unter Internationalismus versteht man die Negation des Nationalen zugunsten der ganzen Menschheit, des Universums. Internationalismus heißt Weltbürgertum, das den Begriff der Nation ausschaltet oder zum mindesten doch zur Bedeutungslosig-

37) Vgl. Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 1. Halbband, Kap. 6 sowie A. Weber, Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa.

keit verurteilt. Bei Paneuropa dagegen haben wir noch keineswegs die Welt vor uns, sondern einen europäischen Staatenbund, der auch nur in gewissen Hinsichten die einzelnen europäischen Nationalstaaten ersetzen soll. Es ist auch noch keineswegs klar, ob Paneuropa die Bildung einer umfassenden Weltunion fördern wird und sozusagen nur als Etappe dazu geschaffen werden soll, oder ob es als endgültige Lösung betrachtet wird und die Schaffung einer Weltunion unter Umständen sogar verringern und verhindern will. Die Ansichten darüber sind jedenfalls bei den Anhängern der Paneuropaidee geteilt. Einstweilen jedenfalls soll hier zur Liebe zur Nation, zum Vaterland und zur Heimat nicht treten die Liebe zur Menschheit, sondern die Liebe zu Europa, es soll hier sozusagen eine europäische Staatsidee geschaffen werden. Dabei würde voraussichtlich der einzelne Staat nicht übermäßig viel von seiner Souveränität preisgeben wollen, denn die einzelnen Staaten in Europa sind immer noch der Untergrund aller menschlichen Ordnung und Organisation, allen Rechtes und allen Zwanges. Paneuropa wird zwar, staatstechnisch gesehen, eine Zusammenfassung von gewissen staatlichen Tätigkeiten und die Herstellung von gemeinsamen Mittelpunkten für gemeinsames Wirken des erweiterten Staatsgebietes sein, aber kein Staat, der an Paneuropa beteiligt sein würde, wird daran denken, seine Souveränität, seine Staatshoheit voll aufzugeben. Mit Paneuropa würde kein neuer Staat geschaffen werden, sondern nur ein Bund bereits existierender souveräner Staaten, die zwar naturgemäß gewisse notwendige Zugeständnisse machen müssen, die sich aber in den meisten bedeutenden Fragen, in Staatsverfassung, innerer Verwaltung, Gemeindeverfassung, Religions-, Schulen- und Sprachenfragen nichts werden hineinreden lassen. Noch weniger als man bei den Plänen Coudenhove-Kalergis vom Internationalismus im Sinne von Weltbürgertum reden kann, kann man bei den Ideen Rohans und des Abendlandes davon reden, weil hier der Vaterlandsbegriff überhaupt nicht geleugnet oder abgeschwächt werden soll.

Die Idee der Solidarität der europäischen Völker hat zum Ziel Freihandel und Friede für Europa; es ist daher zunächst zu untersuchen, inwieweit die Freihandels- und die pazifistische Idee mit der paneuropäischen Idee identisch sind, welche Abweichungen sich ergeben bzw. wie diese Ideen von der paneuropäischen Idee aufgenommen sind.

Kommen wir zunächst zur Freihandelsidee. Es gehört ja, wie wir schon in der Einleitung gesehen haben, zum Begriff der Zollunion, daß die Binnenzölle auf Grund gegenseitiger Verträge aufgehoben werden. Die Tatsache, daß dies bei der Euro-

päischen Zollunion nicht auf einmal, sondern schrittweise und aus mancherlei Gründen ganz radikal vielleicht überhaupt nie wird geschehen können, mag daran im Prinzip nicht viel ändern. Auch nach außen hin wird von den heutigen Vertretern der Europäischen Zollunion im allgemeinen eine möglichst freiheitliche Gestaltung der Handelspolitik verlangt. Die Europäische Zollunion soll den Anfang zu einer ganz freiheitlichen Handelspolitik darstellen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Abtragung bzw. Erniedrigung von Zollmauern zwischen den kontinentaleuropäischen Staaten sowie eine möglichst freiheitliche Außenhandelspolitik der Europäischen Zollunion einen großen Schritt zum freieren Handel darstellen würde. Mag aber auch die Europäische Zollunion einen allmählichen planmäßigen Uebergang zum vollkommenen Freihandel innerhalb Europas mit der Aussicht auf den Sieg des Freihandelsprinzips auch den außereuropäischen Ländern gegenüber bedeuten, der Unterschied zwischen der europäischen Zollunionsidee und der Freihandelsidee ist doch recht bedeutend. Unter Freihandel[38]) versteht man nämlich die Herstellung der freien Konkurrenz zwischen sämtlichen Unternehmen des Erdkreises, keine Vertragsangelegenheit, sondern die Gleichstellung aller ausländischen mit den inländischen Produzenten durch einen autonomen Akt, der, sobald er einmal vollzogen ist, für alle Staaten und alle Waren ohne Ausnahme und ohne Gegenseitigkeitsprinzip gilt, das ist die Freihandelsidee. Der Freihandel bildet in Theorie und Geschichte einen scharfen Gegensatz zur handelspolitischen Gruppenbildung, wie es die Europäische Zollunion ist. Geschichtlich ist der Freihandel entstanden als Protest gegen die alten merkantilistischen Schiffahrts- und Handelsbeschränkungen, sowie gegen die Hindernisse des freien Warenverkehrs an allen Landgrenzen. Als das Wort Freihandel (free trade), im 17. Jahrhundert aufkam[39]) bedeutete es ganz allgemein eine Wirtschaftspolitik, die sich gegen alle Bevormundungen des Wirtschaftslebens wandte und allenthalben für freie Konkurrenz eintrat. Später bezeichnete dann das Wort Freihandel einen engeren Begriff und beschränkte sich auf den äußeren Handel, wobei man jetzt den freien untervormundeten Verkehr im Innern mit „Handelsfreiheit" bezeichnete. So wie die Freihandelsidee sich in ihrem Entstehen gegen alle internationalen Handelsbeschränkungen und nicht nur gegen die Handelsbeschränkungen einer bestimmten Gruppe wandte, so will der absolute Freihandel heute auch alle kontinentaleuropäischen sowie alle überseeischen Tore des Warenabsatzes inter-

38) Vgl. Schippel, Handelspolitische Gruppenbildung usw. in Sozialistische Monatshefte, Oktober 1926.

39) Vgl. v. Tyszka, Die Freihandelsbewegung nach dem Kriege.

national gleich offen gestellt wissen, weil nur in dieser Weise eine naturgemäße internationale Arbeitsteilung entstehen könne. Jede Konkurrenzdifferenzierung zwischen den einzelnen Ländern, ganz gleich aus welchen Gründen, gilt dem Freihandel als Theorie und Praxis als Verletzung der Konsumentenpolitik, die nach der Warenbilligkeit und dem niedrigsten Marktwert orientiert ist. Bei der handelspolitischen Gruppenbildung beruht aber die Herabsetzung der Zölle auf Gegenseitigkeit[40]). Bei der Europäischen Zollunion würde kein Staat existieren, der, wie beim Freihandel, nur gibt, sondern jeder, der gibt, empfängt auch. Außerdem ist die europäische Zollunion nicht denkbar ohne zielbewußte protektionistische Eingriffe, die sich in Zöllen, Verkehrsabkommen oder Produktionsvereinbarungen wie bei den Kartellen ausprägen. Sie bedeutet also hierin gerade das Gegenteil von Individualismus, nämlich Plan- und Zwangswirtschaft. Mag also die Europäische Zollunion auch auf noch so freihändlerischer Grundlage stehn, Freihandelsidee und paneuropäische Idee stellen grundsätzlich etwas ganz anderes dar und sind durchaus nicht zu identifizieren. Die konsequenten Freihändler betonen daher, daß ihre Forderung des Freihandels, die sich nicht auf Europa beschränkt, viel besser geeignet sei, die von ihnen gerühmten Vorteile der internationalen Arbeitsteilung und des großen einheitlichen Marktes zu erreichen. Es darf uns jedoch trotzdem nicht wundernehmen, wenn manche überzeugte Freihändler heute zu den Anhängern der Europäischen Zollunion gehören, weil sie sich eben von der Verwirklichung dieses Planes wenigstens einen teilweisen Sieg des Freihandelsgedankens versprechen und weil sie einem so großen einheitlichen Wirtschaftsgebiet ohne Binnenzölle naturgemäß immer noch sympathischer gegenüberstehen als der augenblicklich herrschenden Verfassung des Hochprotektionismus und Neomerkantilismus der einzelnen Staaten und weil sie außerdem oft die vollständige Durchführung des internationalen Freihandels zwar theoretisch für begrüßenswerter, aber praktisch für schwerer realisierbar halten als die Schaffung der Europäischen Zollunion. Gemäßigte Freihändler und gemäßigte Schutzzöllner pflegen sich überhaupt bei der Zollunion die Hand zu reichen. Wie schon erwähnt, fehlt es aber unter den Freihändlern durchaus nicht an Leuten, die sich von ihrem freihändlerischen Standpunkte aus aufs schärfste gegen die Idee der europäischen Zollunion wenden, die notwendigerweise einen europäischen Protektionismus nach sich ziehe. So sagt z. B. der überzeugte Freihändler Gustav Stolper in seinem

40) Vgl. Cohen-Reuß, M., Schutzzoll und Freihandel innerhalb und außerhalb Europas.

Aufsatz [41]): „... daß, die Freihandelsbewegung unnötigerweise kompliziert und kompromittiert werde, wenn man ihre Argumente auf Europa oder gar auf Paneuropa beschränkte". Eine Europäische Zollunion, so sagt er, sei entweder wertlos, wenn sie eine bloße zollpolitische Aktion ist, deren Ziel sich durch Freihandelspolitik rascher und einfacher erreichen ließe, oder sie sei ein anderer Ausdruck für überstaatliche Verbindung der europäischen Nationen, die ihm utopisch erscheint. Ebenso wendet sich, um ein anderes Beispiel anzuführen, der ebenfalls freihändlerisch eingestellte Professor Eulenberg gegen den Plan der europäischen Zollunion [42]) und meint, daß die weltwirtschaftliche Entwicklung kaum auf der Linie eines europäischen Zollvereins liegen dürfte. Er ist der Ansicht, daß der Freihandel sich viel besser ohne engeren Wirtschaftsverband erreichen ließe, indem jedes Land auf die Zölle verzichtet und seine Grenzen der fremden Einfuhr öffnet. Außerdem meint er, daß die Gebietskartellierung bei einer Europäischen Zollunion so erhebliche Fortschritte machen würde, daß dadurch die Aufhebung der Binnenzölle illusorisch werden würde, die Außenzölle dagegen weiter bestehen bleiben würden. Die Anhänger der europäischen Zollunionsidee seien, so sagt er, jedenfalls meist weit entfernt von freihändlerischer Absicht. Auch Prof. Alfred Weber [43]) wendet sich, von ähnlichen Gesichtspunkten ausgehend, gegen eine Zollunion der europäischen Staaten nach dem Muster des Deutschen Zollvereins und tritt ein für eine gleichmäßige und gleichseitige Herabsetzung der europäischen Zölle nach außen wie nach innen, Europa sollte sich, sagt er, in die möglichst zollfreie Zugluft der Weltwirtschaft stellen.

Eine ähnliche Stellung wie zur Freihandelsidee nimmt die paneuropäische Union zum Pazifismus ein, auch hier zeigen sich enge Berührungspunkte und dennoch scharfe Gegensätze. Der Pazifismus wurzelt [44]) in Deutschland teils in dem kosmopolitisch gerichteten Teil des deutschen Bürgertums der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, teils in dem sozialdemokratischen Teil der deutschen Arbeiterschaft, wo gerade das pazifistische Prinzip stets besonders große Verbreitung gefunden hat. Nach dem Weltkriege hat die pazifistische Bewegung naturgemäß stark zugenommen, und der Schrei „nie wieder Krieg" tönte fast durch

41) Vgl. Stolper, Staat — Nation — Wirtschaft in „Europ. Zollunion" von Hans Heimann.

42) Vgl. Eulenburg, Gegen die Idee einer Europ. Zollunion in „Europ. Zollunion" von H. Heimann.

43) Vgl. A. Weber, Europa als Weltindustriezentrum und die Idee der Europ. Zollunion in E. Z. U. von H. Heimann.

44) Vgl. Paul Göhre, Deutschlands weltpolitische Zukunft.

alle Lande. Erklären läßt sich dieses Anwachsen der pazifistischen Bewegung dadurch, daß viele Männer, die Gelegenheit hatten, den Krieg mitzumachen oder zu beobachten, insbesondere auch die zahlreichen Kriegsinvaliden und Kriegsbeschädigten ins pazifistische Lager übertraten. In Deutschland sind außerdem viele ins pazifistische Lager übergetreten, weil sie einen neuen Krieg für Deutschland als unmöglich und vollständig aussichtslos betrachten, obwohl sie sonst keine prinzipiellen Gegner des Krieges sind. Andererseits sind die Mächte, die im Weltkriege gesiegt haben, von dem Streben beherrscht, ihre Beute zu sichern und darum ist ihre Politik auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. So sind diejenigen Engländer und Franzosen, die vor 1914 für den Weltkrieg gearbeitet haben und damals eine pazifistische Opposition zu überwinden hatten, heute mit dieser einig. Aus all diesen Tatsachen erklärt es sich, daß die pazifistischen Strömungen sehr gestärkt sind, daß aber auch die pazifistischen Organisationen heute eine recht verschiedene Zusammensetzung haben und daß daher heute von einer einheitlichen pazifistischen Bewegung nicht mehr geredet werden kann.

Die Paneuropäische Union und die übrigen ähnlichen Vereinigungen sind nun pazifistisch eingestellt, die Herstellung des Friedens bildet sogar ihren wichtigsten Programmpunkt. Jeder europäische Zollunionsplan muß ja überdies naturnotwendig pazifistisch eingestellt sein, weil vom Standpunkte des Krieges ein sich selbst genügender Staat als Ideal gilt, während eine Arbeitsteilung, wie sie sich bei der europäischen Zollunion herausbilden würde, viel unfähiger zum Kriege der europäischen Staaten untereinander macht. Schon deshalb würde also die europäische Zollunion für die an ihr teilnehmenden Nationen die Ablehnung der Möglichkeit eines gegenseitigen Krieges bedeuten. Trotz dieser Einstellung des Paneuropa- und europäischen Zollunionsgedanken darf man jedoch paneuropäische Idee unbedingt nicht mit Pazifismus und ewigem Frieden verwechseln. Prinz K. A. Rohan nimmt sogar grundsätzlich Stellung gegen den Pazifismus als Doktrin und sagt[45]): „Wenn Europa durch die Erfahrung gelernt hat, daß es zur Erhaltung seiner Kultur und seiner Selbständigkeit andern Rassen und Kontinenten gegenüber innerhalb Europas Frieden braucht, so ist der Frieden hier nicht wie beim Pazifisten grundsätzliches Ziel, sondern ein notwendiges Mittel zur Erhaltung der europäischen Selbständigkeit und der europäischen Kultur, und der Krieg mit nicht-europäischen Völkern bleibt dabei noch immer durchaus möglich.“ Coudenhove-Kalergi vertritt ebenfalls die Ansicht, daß Pazifis-

45) Vgl. Europ. Revue, Jahrg. I, Heft 12, S. 131/132.

mus und Paneuropa nicht identisch sind[46]), trotzdem beide sich eng berühren und weite Strecken Weges gemeinsam gehen werden. Er sagt, daß, so sehr ihn auch persönlich der Wille, eine Wiederkehr des Weltkrieges zu verhindern, zu der Aufrollung der paneuropäischen Frage bestimmt habe, er dennoch feststellen muß, daß die Paneuropabewegung keine Weltfriedensbewegung, sondern eine Einigungsbewegung sei, die sich mit der Einigungsbewegung Deutschlands und Italiens im 19. Jahrhundert vergleichen lasse. Die Pazifisten, so sagt er, wollen Europa um des Friedens willen, die Paneuropäer den Frieden um Europas willen.

Einer der berühmtesten Pazifisten, der im Jahre 1921 verstorbene Alfred Fried, unterscheidet in seinen Werken[47]) zwei Arten des Pazifismus: den Reformpazifismus, der sich gegen den Krieg als äußere Erscheinung wendet und der beispielsweise die Heere und die Rüstungen bekämpft, und als zweite Art den sogenannten revolutionären Pazifismus, der sich gegen die Ursachen dieser Erscheinung wendet und durch eine grundsätzliche Reform des internationalen Zusammenlebens dessen schädliche Folgeerscheinungen vermeidbar machen will. Die Aufgabe dieses revolutionären Pazifismus ist seiner Beschreibung nach, die Staatenkonflikte so zu gestalten, daß sie durch Rechtseinrichtungen lösbar werden, was eben nur durch Organisation der Staaten erreicht werden könne. Das Ziel des revolutionären Pazifismus wäre also somit die Weltorganisation, und seine Aufgabe soll es sein, die Erkenntnis für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Weltorganisation wach zu rufen. Da die Anhänger des Paneuropagedankens den Krieg durch zwischenstaatliche Organisation bekämpfen wollen, würden sie also nach der eben dargelegten Unterscheidung zur Kategorie der revolutionären Pazifisten gehören. Trotzdem nun Alfred Fried einer der ausgesprochensten revolutionären Pazifisten war, hat er sich doch von seinem pazifistischen Standpunkte aus stets gegen die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ausgesprochen, und zwar einmal deswegen, weil er die Ansicht vertrat, daß der Pazifismus unpolitisch sei und daß er keine Organisation schaffen wolle, sondern daß er lediglich die Aufgabe habe, die Erkenntnis dafür wach zu rufen. Vor allem jedoch gefiel ihm, und hierin pflichten ihm viele überzeugte und konsequente Pazifisten bei, die räumliche Beschränkung nicht, weil es sich seiner Ansicht nach heute nicht mehr um den Zusammenschluß der Staaten von Europa allein, sondern mindestens um den Zusammenschluß aller Kulturstaaten

46) Vgl. „Paneuropa" 4, 1, S. 4/5.

47) Vgl. A. Fried, Die Grundlagen des revol. Pazifismus. Derselbe, Die Forderung des Pazifismus.

handeln müsse. Auch sollte die Organisation nicht zu einem Bundesstaate führen, keine politische, sondern eine soziale Vereinigung der Staaten solle stattfinden, die zwischenstaatliche Organisation soll organischer Natur sein, sie soll nicht geschaffen werden, sondern auf natürlichem Wege vor sich gehen.

Die Paneuropäer dagegen wollen nicht dem Erdball den Dauerfrieden geben, sondern zunächst Europa, weil ihnen dieses durchführbarer und leichter erscheint. Der Plan des Weltfriedens scheint ihnen verfrüht, solange der europäische Frieden zunächst nicht sichergestellt ist. Der europäische Pazifismus will sich von allen nichteuropäischen Verwickelungen emanzipieren und versuchen, allen Verwicklungen auf dem Erdball gegenüber wenigstens den europäischen Frieden zu sichern. Das paneuropäische Programm will den Krieg verhindern mit politischen Mitteln, während von den traditionellen Pazifisten die Politik und ihre Mittel meist verachtet wird. Das Ziel der paneuropäischen Union läßt, was seine pazifistische Einstellung anbetrifft, sich in folgender Weise zusammenfassen [48]):

1. Sicherung des europäischen Friedens durch paneuropäische Schiedsverträge, Garantiepakt, Zollbund und Minoritätenschutz.
2. Sicherung des Friedens mit Rußland durch ein paneuropäisches Defensivbündnis.
3. Sicherung des Friedens mit Britannien, Amerika und Ostasien durch obligatorische Schiedsverträge und regionale Völkerbundsreform.

Aus den angeführten Gründen kann es uns nicht wundern, daß viele Pazifisten Gegner der paneuropäischen Idee sind. Sie sehen in Paneuropa sogar eine Gefahr des Weltfriedens, weil sie meinen, daß Paneuropa die Gefahr eines kontinentalen Wirtschaftsimperialismus trage. Die traditionellen Pazifisten scharen sich daher meist lieber um den Genfer Völkerbund. Wenn sich jedoch pazifistische Organisationen für die Vereinigten Staaten von Europa aussprechen, so tun sie das immer mit der Einschränkung, daß Paneuropa im Rahmen des Völkerbundes geschaffen werden müsse, daß es diesen auch in allen Hinsichten unterstützen werde und daß es Garantien dafür geben müsse, daß es keine feindliche Stellung andern Erdteilen gegenüber einnehme. In diesem Sinne hat z. B. der Kongreß des internationalen Verbandes der Ligen für Menschenrechte bei seiner Tagung in Brüssel am 26. u. 27. Juni 1926 folgende Resolution angenommen [49]):

---

48) Coudenhove-Kalergi, „Pazifismus".

49) Vgl. „Für die Vereinigten Staaten von Europa" in „Die Menschenrechte", Jahrg. 1, 1926, Nr. 7.

„Der internationale Kongreß der Liga für Menschenrechte, der in Brüssel am 26. u. 27. Juni 1926 tagt, ist überzeugt, daß die Schaffung einer europäischen Vereinigung im Geiste und Aufbau des Völkerbundes das beste Mittel sein würde, um Europa vor einem neuen Kriege zu bewahren und es aus dem Zustand der wirtschaftlichen, politischen und intellektuellen Anarchie zu retten, in den es ein zerstörender Krieg und ein schlecht geschlossener Frieden gebracht haben. Er ist überzeugt, daß diese Vereinigten Staaten von Europa alle Nationen dieses Kontinents umfassen müßte, daß sie aber andererseits keinenfalls einen feindlichen Charakter den andern Erdteilen gegenüber haben dürften, sondern im Gegenteil den Völkerbund unterstützen müßten, Weltcharakter zur Sicherung des Weltfriedens zu gewinnen."

„Voll Eifer, sofort praktische Wege zu zeigen, auf denen diese Idee verwirklicht werden könnte, macht der Kongreß die Schlußfolgerungen seiner Referenten zu den eigenen. Die Schlußfolgerungen von Roger Picard, daß die europäischen Staaten sich finanziell zusammenschließen sollten zu einer gemeinsamen Währungs- und Kreditpolitik, zur gemeinsamen Regelung der Steuerfragen und später zur Schaffung eines internationalen Geldes und einer Bank mit europäischem Emissionsrecht. Die Schlußfolgerungen von Kuczynski, daß eine große Europäische Zollunion geschaffen werden müsse, um die industrielle und landwirtschaftliche Produktion zu steigern und ihr einen Absatz zu schaffen, entsprechend den natürlichen Hilfsquellen und den Lebensformen eines jeden Landes; daß dieser Union vorangehe eine Uebergangsperiode, während der die Zolltarife vollständig abgebaut würden, dagegen degressive Prämien der durch die Konkurrenz bedrohten Unternehmungen gezahlt würden. Die Schlußfolgerung von Wilmotte, daß, um geistige Beziehungen zu entwickeln, ein Informationsdienst und eine intellektuelle Propagandastelle geschaffen werden müßte (Wissenschaft, Literatur und schöne Kunst); daß man den Austausch von Professoren und Studenten ohne Rücksicht auf Rasse und Sprache allgemein durchführen, daß der Moral- und Geschichtsunterricht im Sinne einer Annäherung der Völker reformiert werden müßte. Die Schlußfolgerungen Negreiros, daß die europäischen Staaten gemeinsam den kulturellen Aufbau der Kolonien organisieren und den Schutz der Eingeborenen unter der Kontrolle des Völkerbundes übernehmen sollten. Der Kongreß billigt auch die Anregung von Goldscheid, der als erste Annäherung an die Vereinigten Staaten von Europa ein wirtschaftliches Bündnis von Frankreich, Deutschland und England vorschlägt." Ebenso hat die Interparlamentarische Union im Herbst 1925 beschlossen, Paneuropa auf ihr Programm zu setzen. Auch Professor Friedrich Wilhelm Förster,

der berühmte Pazifist, setzt sich für die Paneuropa-Bewegung ein [50]).

Wie verhält sich nun der Imperialismus, der gewissermaßen den Gegensatz zur pazifistischen Idee darstellt zur paneuropäischen Idee? Um diese Frage richtig beantworten zu können, ist es nötig, den Begriff des Imperialismus klar zu stellen, der keineswegs ganz eindeutig ist [51]). Ursprünglich verstand man unter Imperialismus die Bildung großer Weltreiche, so daß also z. B. die Schaffung der Vereinigten Staaten von Amerika und von Groß-Britannien unter den Begriff des Imperialismus fiel. Geht man von diesem Begriff aus, so würde auch die Schaffung von Paneuropa mit Imperialismus identisch sein, weil hiermit eben ein großes Reich, ein Imperium, analog den Vereinigten Staaten von Amerika und dem britischen Imperium geschaffen werden würde. Heute ist jedoch der Begriff des Imperialismus erweitert. Man versteht nunmehr darunter die Expansionstendenz der Großstaaten, die Ausdehnung der Machtsphäre über die Grenzen des Mutterlandes hinaus, wobei verschiedene Motive für die Expansion maßgebend sein können, wirtschaftliche, politische, militärische, nationale, religiöse u. a. Zunächst ist es klar, daß man die Schaffung von Paneuropa als sogenannten Rassen-Imperialismus bezeichnen kann, da man hierunter den Drang, den Angehörigen einer bestimmten Rasse mehr Geltung auf der Erde zu verschaffen, versteht. Wie alle Pan-ismen, so will ja auch der Paneuropäismus den Europäern, die sich als eine Rasse fühlen sollten, wieder mehr Geltung auf der Erde durch den Zusammenschluß verschaffen. Aber auch der wirtschaftliche Imperialismus spielt bei dem Paneuropäismus eine nicht geringe Rolle. Wirtschaftlich stellt der Imperialismus nämlich das Bemühen der Staaten um ihre weltwirtschaftliche Geltung vornehmlich unter dem Druck der Rohstoffknappheit dar. Ich denke hierbei an die Stellung Paneuropas gegenüber seinen Kolonien. Die weitgehendste wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonialgebiete durch den kolonialen Gewaltstandpunkt, wie sie die Anhänger Paneuropas im Auge haben, um für Paneuropa die notwendigen Rohstoffe zu bekommen, muß unbedingt als Imperialismus bezeichnet werden.

Geben die Anhänger Paneuropas die soeben geschilderten Arten des Imperialismus als zu ihren Plänen gehörig zu, so wenden sie sich doch im allgemeinen schärfstens gegen den Vorwurf, ein gefährliches Angriffs- und Verteidigungsmittel gegen die

---

50) Vgl. „Paneuropa" 2, 10, S. 22.

51) Vgl. Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Kapitalismus, 1. Halbband, Kap. 6.

übrige Welt, vor allem gegen die nächsten Nachbaren England und Asien zu bilden. Diese Art des kontinentalen Imperialismus lehnen die Mehrzahl unter den Europäischen Zollunions-Anhängern, wie auch die Paneuropäische Union und der Bund für europäische Verständigung energisch ab und behaupten, daß ihre Ziele denen der vereinzelten Anhänger eines solchen kontinentalen Imperialismus völlig entgegengesetzt seien und daß sie keine aggressive Spitze gegen andere Kontinente oder Staaten bilden wollen. Ebenso wie die Paneuropäer behaupten, daß die Vereinigten Staaten von Europa, abgesehn von den Kolonien, nicht die Vorherrschaft über andere Kontinente erstreben wollen, so behaupten sie auch, daß innerhalb Paneuropas alle Staaten gleichberechtigt zusammenarbeiten würden und daß kein Staat innerhalb Paneuropas eine Vorherrschaft und eine größere Machtstellung einnehmen könnte. Jedoch muß man dieser Behauptung zweifellos etwas kritisch gegenüberstehen. Das Problem, wie in einem solchen föderativen Gebilde wie die Vereinigten Staaten von Europa die vorhandenen Macht- und Gewichtsunterschiede ausgeglichen und zu einem alle befriedigenden Zusammenarbeiten ohne sichtbare oder verkappte Vorherrschaft der Größeren und Stärkeren gebracht werden sollen, ist ohne Zweifel vorhanden [52]), und die Gefahr, daß gewisse Staaten mehr oder weniger die Diktatur innerhalb Paneuropas an sich reißen könnten, bei einem so weitgehenden Programm wie Paneuropa bei den heute herrschenden Machtunterschieden unter den europäischen Staaten sehr groß. Es besteht die Gefahr, daß die Kolonialstaaten Frankreich und Italien in Paneuropa an Macht gewinnen und bald das Uebergewicht gegenüber den andern Staaten haben könnten. Tatsächlich gibt es in Frankreich viele Anhänger an die Vereinigten Staaten von Europa, weil sie sich davon die unumstrittene militärische und politische Vormachtstellung Frankreichs versprechen.

Erstrebt die paneuropäische Bewegung tatsächlich die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern, so überschneidet sie sich sehr stark mit der sozialistischen Bewegung, denn die Sozialisten würden naturgemäß ein Paneuropa ablehnen, das eine erweiterte Nationalisierung und Militarisierung und einen kontinentalen Imperialismus zum Ziel hätte; sie begrüßen aber, wie gleich dargelegt werden wird, ein Paneuropa, das sich die Verständigung der europäischen Völker in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Verständigung auch gegenüber den außereuropäischen Völkern zur Aufgabe macht.

52) Vgl. Alfred Weber, Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa.

Zunächst sind die Sozialisten stets grundsätzlich für eine internationale Arbeitsteilung eingetreten und haben seit langem jede protektionistische Handelspolitik bekämpft, weil dadurch eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Masse eintrete und den Konsumenten nicht die Billigkeit des international unbeschränkten und unbelasteten Einkaufs zuteil werde. Sie betrachten jeden hohen Agrar- oder Industrieschutz als monopolistisches Ausbeutungsmittel des Binnenmarktes. Ihre Handelspolitik ist also grundsätzlich freihändlerisch. Sie begrüßen jetzt Paneuropa zunächst, weil es wenigstens innerhalb Europas eine freihändlerische Handelspolitik verbürgt und außerdem weil es ihrer Ansicht nach eine Etappe zum möglichst vollständigen Freihandel darstellt. Damit hat ihre Stellungnahme zum internationalen Freihandel eine mäßigere Form angenommen, denn ursprünglich wollten sie von einer kontinental-europäischen Handelspolitik und einer europäischen Zollunion nicht viel wissen, weil hierin der allgemein internationale Freihandel nicht zum Durchbruch käme. Außerdem treten die Sozialisten heute für Paneuropa ein, weil sie sich hierin eine, wenn auch teilweise Verwirklichung ihres pazifistischen Ideals versprechen, denn das Ideal des Menschheitsfriedens hat stets gerade unter diesen eine außerordentlich große Verbreitung gefunden. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß sich auch gerade unter den Sozialisten viele radikale Pazifisten befinden, deren Ziel oben bereits geschildert wurde und die daher von diesem Standpunkte aus die paneuropäische Richtung des Pazifismus nicht willkommen heißen. Ueberhaupt spielt der internationale und kosmopolitische Gedanke bei den Sozialisten eine große Rolle. Ihr offizielles Ziel ist die sozialistisch-demokratische Weltrepublik und die internationale Vereinigung der Arbeiterschaft. Es liegt auf der Hand, daß sich in einem wirtschaftlich geeinten Europa die internationale Vereinigung des Proletariats ungleich schneller vollziehen würde als ohne diese Einigung. Das internationale Element in der Arbeiterbewegung würde zweifellos durch die Einigung Europas eine große Förderung erhalten.

Außerdem hat das weltumspannende Ziel der 2. Internationale seit dem Aufschwung des Kommunismus viel an Bedeutung verloren [53]), so daß angesichts des kommunistischen Rußlands und des reinkapitalistischen Amerikas heute pratisch Europa mit England das Hauptinteresse der Sozialdemokratie erregt. Ferner versprechen sich die Sozialisten von der Schaffung der Europäischen Zollunion bzw. der Vereinigten Staaten von Europa eine gewaltige Förderung der Sozialpolitik [54]), die ihrer Natur nach von

53) Vgl. „Paneuropa", April 1927, S. 7 und 8.

54) Vgl. P. Kampffmeyer, Zur europ. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

internationalem Charakter ist, da ein Staat niemals allein fruchtbare Sozialpolitik treiben kann, ohne gegenüber andern Staaten, die keine Sozialpolitik treiben, in der Konkurrenz benachteiligt zu werden. Man wird auch zugeben müssen, daß gerade bei den europäischen Staaten im allgemeinen die Voraussetzungen für eine Gemeinsamkeit der Sozialpolitik vorhanden sind, weil gerade in Europa die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft besonders groß sind und weil auch hier die Gewerkschaftsbewegung besonders stark ist. Bei der Schaffung der Europäischen Zollunion würden die Staaten, die auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung am meisten fortgeschritten sind, gezwungen sein, von den Staaten mit zurückgebliebener sozialer Gesetzgebung in dieser Hinsicht bestimmte Forderungen zu stellen, weil ein Land mit weniger sozialen Verpflichtungen, mit längerer Arbeitszeit, niederem Reallohn usw. gegenüber den anderen Ländern unlautere Konkurrenz treiben könnte, was bei einem Zusammenschluß selbstverständlich unmöglich ist. Die Sozialisten haben daher nicht unrecht, wenn sie meinen, daß durch Beseitigung der Zollschranken innerhalb Europas die Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung notwendig ist, und daß alle Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Sozialversicherung und der Arbeitslosenunterstützung dann eher zur Befriedigung der Arbeiter gelöst werden würden. Schließlich ist zu erwähnen, daß die Sozialisten Paneuropa mit seiner zwangsläufig notwendigen Planwirtschaft als Etappe zur Sozialisierung Europas betrachten[55]). Mit der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, so sagen sie, werde die Regulierung der europäischen Wirtschaft in die Hände von internationalen Organen kommen, die der Kontrolle der Parlamente unterworfen, und den Volksmassen verantwortlich sind. So ist es kein Wunder, wenn heute die Sozialisten zu den Hauptträgern der paneuropäischen Idee gehören. Bereits vor dem Weltkriege sind die sozialistischen Monatshefte für die Idee des Zusammenschlusses und der Verständigung des europäischen Kontinents, sowie für die organische Gestaltung der Welt in fünf große Wirtschaftskomplexe eingetreten und verfechten diese Idee, die sich als eine große Förderung des sozialistischen Gedankens betrachten, auch bis heute mit großer Energie. Calwer hat schon im Februarheft der „Sozialistischen Monatshefte" des Jahres 1907 seine Anschauungen folgendermaßen dargelegt: „Meine Stellung in den handelspolitischen Fragen gipfelt in dem Ziel eines engen zollpolitischen Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Staaten, einer Idee, die uns durch die Not aufgezwungen werden wird, die aber heute schon in erster Linie von der Sozialdemokratie

---

55) Vgl. W. Woytinski, Die Vereinigten Staaten von Europa.

in ihrer Wichtigkeit anerkannt werden sollte. Der deutsche Arbeitsmarkt und der Sozialismus haben das allergrößte Interesse an einer derartigen Entwicklung über den nationalen Rahmen hinaus. Hier kann sich der internationale Gedanke in gesunder Lebenskraft entfalten."

Durch dieses Eintreten für den kontinental-europäischen Zusammenschluß setzten sich die „Sozialistischen Monatshefte" anfänglich im starken Gegensatz zu der offiziellen sozialdemokratischen Partei, die ursprünglich absoluten Freihandel verlangte und erst in den letzten Jahren für den Zusammenschluß der europäischen Staaten, allerdings mit Einschluß Englands, eingetreten sind. Dieser ursprüngliche Gegensatz zwischen den Anschauungen der Sozialdemokratischen Partei und den „Sozialistischen Monatsheften" nimmt uns nicht Wunder, wenn wir berücksichtigen, daß die „Sozialistischen Monatshefte" eine revisionistische Zeitschrift ist, d. h., daß sie innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in allen Beziehungen eine gemäßigte kritische Richtung vertreten und mehr für eine allmähliche, evolutionistische wirtschaftliche Besserung der arbeitenden Massen eintreten. Heute besteht in dieser Beziehung zwischen den „Sozialistischen Monatsheften" und der offiziellen Sozialdemokratischen Partei nur noch der Unterschied, daß erstere energisch gegen den Einschluß Englands sind, während sich letztere für den Einschluß Englands ausspricht. Im Heidelberger Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heiß es jetzt: „Die Sozialdemokratie tritt ein für die zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, um zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa zu gelangen." Auch die belgischen Sozialisten, deren Führer Vandervelde sich bereits seit längerer Zeit für die europäische Einigung eingesetzt hat, haben Paneuropa in ihr Parteiprogramm aufgenommen und es ist anzunehmen, daß viele andere sozialdemokratische Parteien Europas bald diesem Beispiele folgen werden. Im Februar 1925 hat die Brüsseler Konferenz der Vertreter der sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und Belgiens folgenden gemeinsamen Aktionsplan aufgestellt [56]): „Die Konferenz ist überzeugt, daß es vor allem notwendig ist, jene Illusion zu zerstören, als ob die Völker abgeschlossen von den andern leben und ihre Bedürfnisse auf Grund einer engherzigen nationalistischen Wirtschaftspolitik befriedigen könnten. Der aggressive Protektionismus, der nach dem Kriege in Europa herrschte und die politische und wirtschaftliche Zerrissenheit Europas noch verschärfte, muß von den sozialistischen Parteien

56) Vgl. W. Woytinski, Die Vereinigten Staaten von Europa, Seite 142.

energisch bekämpft werden. Der Zustand gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit und Durchdringung, in dem sich die Nationen befinden, schafft die Notwendigkeit von Handelsverträgen, durch die sich die Völker mit dem Gedanken der Europäischen Zollunion vertraut machen sollen als einer Etappe auf dem Wege zu einer internationalen Wirtschaftspolitik."

Auch der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam hat am 29. Juni 1925 eine Kundgebung erlassen, in der es heißt, „daß in allen europäischen Ländern eine protektionistische Handelspolitik getrieben wird, die alle europäischen Völker gegeneinander abschließt, statt sie zu einen"[57]). Die gewerkschaftlichen Landeszentralen wurden beauftragt, in allen Ländern die Schutzzollpolitik zu bekämpfen, deren Folge Verteuerung der Lebenshaltung und Arbeitslosigkeit sein würde. Ein einheitlicher Wirtschaftsverband soll zu diesem Zwecke geschaffen werden. In diesem Zusammenhange sei auch das im Jahre 1926 von dem Sozialisten Wladimir Woytinski verfaßte Buch „die Vereinigten Staaten von Europa" erwähnt, das er, wie er selbst betont, vom Standpunkte der Arbeiterdemokratie geschrieben hat und in dem er für eine Europäische Zollunion und für die politische Einigung Europas mit Einschluß Englands und Rußlands unter Ablehnung jeder aggressiven Politik und jeder imperialistischen Tendenz eintritt. Von ähnlichen Gesichtspunkten geht das Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes W. Eggert aus. Er sieht in der Europäischen Zollunion eine Etappe zu dem weltwirtschaftlichen Ziel der sozialistischen Gewerkschaften, die als Vertreter der Lohn und Gehaltsempfänger das Ziel haben, eine weltwirtschaftliche Ordnung ohne Beschränkung durch nationale oder kontinente Hemmungen herzustellen. Wir haben also gesehen, daß die Sozialisten sich einsetzen für eine Europäische Zollunion, die möglichst freihändlerisch und friedlich auch gegenüber der Welt ist, daß sie aber ihrer Natur nach eine Europäische Zollunion bekämpfen würden, die sich gegenüber der Weltwirtschaft schutzzöllnerisch abschließen wollte und imperialistisch eingestellt wäre; sie betrachten Paneuropa als Etappe zur Weltrepublik.

Wesentlich anders als die Sozialisten sehen die kapitalistischen Wirtschaftsführer und Unternehmer das Problem der Europäischen Zollunion und der europäischen Wirtschaftsbefriedung an. Die großen kapitalistischen Wirtschaftsführer denken schon längst nicht mehr einzelstaatlich, sondern der Kapitalismus wird aus eigenem Wachstumstrieb international. Bei ihnen spielen natürlich pazifistische soziale und marxistische Momente keine

57) Vgl. W. Eggert, Gewerkschaftsprobleme zur Europ. Zollunion in „Europ. Zollunion", von H. Heimann.

Rolle, sondern sie sehen im Gegenteil dieses Problem an vom Standpunkte des Kapitalisten und Interessenten, der ein Interesse daran hat, die nationalen Beschränktheiten im Hinblick auf die Märkte und auf das wirtschaftliche Betätigungsfeld zu überwinden und das Absatzgebiet für ihre Industrieprodukte zu erweitern. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer stellen also die politisch-pazifistische Seite des Problems in den Hintergrund und bevorzugen den wirtschaftlichen Teil des Programms, stehen also den Vereinigten Staaten von Europa kühler gegenüber als der bloßen europäischen Wirtschaftseinheit und Wirtschaftsbefriedung. Man muß sich hier aber vor Augen halten, daß die Stellung der kapitalistischen Wirtschaftsführer zur europäischen Zollunion durchaus nicht einheitlich ist. Während das Handelskapital und die entwickelten Exportindustrien ein großes Interesse an der Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit haben und auch beweisen, gibt es in allen Ländern viele Industrien, die unter ungünstigen Bedingungen arbeiten, die ausländische Konkurrenz also mit Recht fürchten und ihr Dasein mehr oder weniger nur den Schutzzöllen verdanken; diese vertreten selbstverständlich den wirtschaftlich geschlossenen Nationalstaat und lehnen die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit energisch ab. Immerhin hat sich der Reichsverband der deutschen Industrie Mitte Dezember 1925 in seinem der deutschen Oeffentlichkeit übergebenen Wirtschaftsprogramm „für den Abbau der internationalen Zollmauern, besonders des europäischen Wirtschaftsgebietes ausgesprochen". Hugo Stinnes, der berühmte deutsche Wirtschaftsführer und Großindustrielle, hat auch die Wirtschaftseinheit Europas bis zur asiatisch-russischen Grenze immer bewußt vertreten. Auch die internationale Handelskammer, die der Meinung aller derer Ausdruck gibt, die am besten über die praktischen Geschäftsanliegen der Welt zu urteilen bereit sind, hat sich von jeher für die Beseitigung der Handelsbeschränkungen insbesondere in Europa eingesetzt und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß Europa auf dem Wege sei, seinen Handel zu erdrosseln in Ketten, mit denen es ihn umschnürt hat.

Die letzte Tagung der internationalen Handelskammer in Stockholm im Jahre 1927 hat die Entschließung der Weltwirtschaftskonferenz, die eine Beseitigung der Handelsbeschränkungen der Welt und besonders Europas verlangt, bestärkt und die Regierungen aller Länder aufgefordert, die Beschränkungen des internationalen Handels so weit als möglich aufzuheben. Ebenso hat sich das im Oktober 1926 herausgegebene Wirtschaftsmanifest, das zugleich in allen europäischen Hauptstädten veröffentlicht wurde und die Unterschrift führender Finanz- und Wirtschaftsleute Europas und auch Amerikas trägt, besonders gegen die

europäischen Handelsbeschränkungen, wie sie nach dem Weltkriege gehandhabt werden, eingesetzt. Daß die meisten kapitalistischen Wirtschaftsführer in Europa eine internationale Verständigung für notwendig halten, dürfte wohl auch aus der Gründung der zahlreichen internationalen Kartelle und Abkommen, die besonders in der letzten Zeit erfolgten, hervorgehen. Jedoch muß betont werden, daß die kapitalistischen Wirtschaftsführer im allgemeinen dem Programm, wie es von Coudenhove-Kalergi und seinen Anhängern vertreten wird, recht fern stehen. Wohl sind sie, wie aus den letzten Ausführungen hervorgeht, der Ansicht, daß eine Gesundung des deutschen und europäischen Wirtschaftslebens nur auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen möglich ist und daß eine Verständigung und der Zusammenschluß aller Kräfte auf unserem Kontinent zu erstreben sei, aber eine einseitige Festlegung Deutschlands auf das kontinentale Europa, wie es Coudenhove-Kalergi vorzieht, lehnen sie doch ab, weil sie nicht wünschen, daß Deutschland ausschließlich auf kontinentale Beziehungen in Zukunft angewiesen ist[58]). Sie wollen vielmehr die Entwicklung zu einer freien organischen Koalition der europäischen Staaten, wie sie vor dem Weltkriege einsetzte, fortführen und halten eine so enge Bindung wie Paneuropa und die Europäische Zollunion für eine hemmende Einschnürung der europäischen Wirtschaften, die nicht auf Europa beschränkt bleiben sollen, sondern die über Europa hinausstreben müßten. Auch die typisch sozialistischen Gedankengänge, die bestimmend auf die paneuropäische Organisation einwirken, sind den Unternehmern begreiflicherweise nicht sympathisch. Wenn Coudenhove-Kalergi in seinen Ausführungen ausdrücklich für eine sozialistische Kontrolle innerhalb Europas eintritt, und wenn sich gerade die sozialistischen Parteien in Europa besonders warm für Coudenhove-Kalergi und seine Organisation einsetzen, so ist es kein Wunder, wenn die Mehrzahl der europäischen Wirtschaftsführer in der Durchführung dieses Programms die schrittweise Einführung der Sozialisierung und das Ende des Kapitalismus in Europa befürchten.

So haben wir gesehen, daß die Wirtschaftsführer also für eine politische, wirtschaftliche und geistige Verständigung zwischen den europäischen Staaten auf der Grundlage nationaler Eigenart und nationalen Willens eintreten, daß sie jedoch eine so enge Bindung wie Paneuropa darstellen würde, im allgemeinen ablehnen.

Mit ganz andern Augen als die Wirtschaftsführer sieht die christliche Kirche, insbesondere der Katholizismus, das paneuro-

---

58) Vgl. z. B. H. Stegemann, Paneuropa in „Der Arbeitgeber" 1926, S. 517—521. Fr. Coerper, „Das wirtschaftliche Europa".

päische Problem an, denn hier spielen die wirtschaftlichen Motive mit dem Ziel der wirtschaftlichen Einigung der ganzen Grundeinstellung der Kirche gemäß gar keine Rolle im Vergleich mit der politisch-pazifistischen Idee mit dem Ziel der politischen und geistigen Einigung und politischen Befriedung Europas und der Welt. Der katholischen Kirche mit ihrer stark zentralen Organisation nach Rom liegt es naturgemäß näher, diese Frage zu behandeln als der evangelischen, die eben erst anfängt, sich für Europa nach Upsala zu organisieren und in der noch vorwiegend das Landeskirchentum mit mehr nationaler Prägung herrscht. Die katholische Kirche will die Idee der Gerechtigkeit repräsentieren, sie steht auf dem Standpunkt, daß jede Friedensbewegung allseitig zu begrüßen sei und mit allen erlaubten und vernünftigen Mitteln von ihr gefördert werden müsse; sie ist ein Feind des überspannten Nationalismus und der überspannten Vaterlandsliebe und von jeher kosmopolitisch eingestellt gewesen. Der hervorstechendste Wesenszug der katholischen Kirche ist ihre Universalität[59]). Die katholische Kirche ist keine Volks- oder Nationalkirche, keine Stände- oder Staatskirche, sondern sie ist Völker- und Weltkirche. Sie will alle Stämme und Stände, alle Rassen und Sprachen, alle Völker und Nationen umfassen und hat von jeher die Tendenz zum Landeskirchentum bekämpft, weil dieses allezeit die größte Gefahr für den kirchlichen Universalismus bilde. Nach der Auffassung der katholischen Kirche verbindet die Glaubensgemeinschaft alle Katholiken stärker als die nationale Verschiedenheit sie trennt. Schon seit langem ist es ihr Ziel, eine neue geistige Einheit als einzig mögliche Grundlage für einen Wiederaufbau der abendländischen Kultur in Europa zu schaffen; sie begrüßt es daher, wenn das Verständnis für eine politische und geistige Einheit Europas größer wird und verspricht sich dann für ihren Glauben großen Gewinn. Wenn trotzdem in manchen Staaten, wie vor allem in der letzten Zeit in Frankreich und Polen, die Katholiken nationalistisch und chauvinistisch eingestellt sind und von politischer Verständigung mit andern Völkern nichts wissen wollen, so liegt das daran, daß in diesen Ländern zu dem nationalen Haß der konfessionelle Gegensatz zu dem protestantischen Deutschland tritt. Diese Haß- und Kriegspolitik gewisser Katholiken in diesen Ländern gehört jedoch keineswegs zum Wesenszug des Katholizismus und es ist zu beachten, daß der Vatikan die chauvinistische Politik gewisser katholischer Kreise bekämpft und vielmehr seinen Einfluß stets für den Frieden und die Versöhnung geltend gemacht hat, was u. a. auch die in der letzten

59) Vgl. W. Heiler, Der Katholizismus, seine Idee und seine Erklärung, und Adam, Das Wesen des Katholizismus.

Zeit erfolgte scharfe Kritik des Vatikans an der Politik der „Action française" beweist[60]). Katholisch sein heißt ja, das Bestreben haben, sich über die ganze Erde zu verbreiten und die gesamte Menschheit zu umfassen. Der Katholizismus bekämpft auch den Krieg aus ethischen Gründen und hält ihn für ein Verbrechen an der Menschheit, man kann ihn daher selbst als eine starke Friedensorganisation bezeichnen. Außerdem muß man sich vergegenwärtigen, daß Roms Machtanspruch heute auf das gesamte Kultur- und Geistesleben Europas geht, und der Katholizismus sich auch aus diesem Grunde für die paneuropäische Bewegung einsetzt, da er vielleicht mit Recht hofft, daß sein Einfluß bei einem politisch geeinten Europa größer sein wird als bei einem zersplitterten, und daß er dann für die neue europäische Kultur vielleicht wieder etwas ähnliches bedeuten könne wie für die Kultur des Mittelalters. Aus all diesen Gründen kann es uns daher nicht wundernehmen, wenn bereits mehrere Führer der katholischen Kirche der paneuropäischen Bewegung beigetreten sind und wenn der Katholizismus heute schon auch als einer der Träger dieser Bewegung bezeichnet werden kann. Der „Osservatore Romano", das Organ des Vatikans, hat dem 1. Paneuropa-Kongreß gegenüber eine sehr sympathische Haltung eingenommen[61]). Das Zentrum, die deutsche katholische Partei und zugleich die stärkste katholische Partei Europas, steht ebenfalls der europäischen Einigungsbewegung fördernd gegenüber, und auch die französische katholische Zeitschrift „Le Nouvel Univers" und die deutsche katholische Zeitschrift „Das Abendland", betreiben eine europäisch-katholische Politik und erstreben eine Verständigung der europäischen Nationen in politischer, geistiger und wirtschaftlicher Hinsicht. Es ist sicher auch kein Zufall, daß Graf Coudenhove-Kalergi selbst katholisch ist und daß die Grenzen des Coudenhovschen Europas mit den Grenzen des europäischen Einflusses der römisch-katholischen Kirche fast zusammenfallen. Wenn auch in dem paneuropäischen Programm und auf dem paneuropäischen Kongreß von der katholischen Kirche gar nicht bzw. sehr wenig die Rede ist, so ist jedenfalls das Interesse, das die katholische Kirche an einer dauernden Befriedung und Befestigung der europäischen Verhältnisse hat, sehr stark.

Zum Schluß dieser Betrachtungen sei auch des Völkerbundes und der Völkerbundsidee in seinen Beziehungen zu Paneuropa und der Paneuropaidee gedacht. Beide haben an sich die gleichen Ziele, denn beide erstreben gute und freundschaftliche Beziehun-

60) Vgl. W. Becker, Die neue Politik Pius XI. Abendland 2, 5.

61) Vgl. „Paneuropa", April 1927, S. 14/15.

gen zwischen den Nationen, Entwicklung des Einigkeitsgefühls zwischen den Völkern und Sicherung eines dauernden Friedens. Der Hauptunterschied besteht darin, daß beim Völkerbund Einheit der Welt, bei Paneuropa vor allem zunächst die Einheit Europas gefordert wird, und daß auch bei Paneuropa infolge des bedeutend enger gesteckten Zieles eine weitergehende Annäherung der einzelnen Staaten angestrebt wird, als es bei der Vereinigung aller Völker im Völkerbunde möglich wäre. Der Völkerbund beruht in gewissem Sinne seinem Wesen nach auf der Leugnung von Europa als einem noch bestehenden Geschichtskörper mit einem besonders gestalteten Staatensystem, besonderer noch vorhandener realer und geistiger Gemeinschaftsbasis. Es wäre aber ein Irrtum, zu glauben, daß durch Paneuropa der Völkerbund überflüssig würde, ebenso wie es ein Irrtum ist, zu glauben, daß der Völkerbund von der paneuropäischen Bewegung bekämpft wird. Paneuropa will nicht die Zerstörung, sondern die Vollendung und Ausgestaltung des Völkerbundes durch regionale Gliederung nach politischen Kontinenten. Coudenhove-Kalergi hat auch an das Generalsekretariat des Völkerbundes ein Memorandum geschickt, aus dem die Stellung der Paneuropabewegung zum Völkerbunde klar hervorgeht. Hier wurden folgende Vorschläge gemacht[62]): der Völkerbund solle kontinentale Sektionen schaffen, er soll das Prinzip der Kontinente anerkennen, Garantiepakte zwischen den Kontinenten schaffen, sowie eine europäische Völkergruppe, der alle europäischen Fragen übertragen werden. Coudenhove-Kalergi will also den Völkerbund reformieren, indem er ihn nach Kontinenten gegliedert haben will. Europäische Probleme sollen dann nicht vom Völkerbund gelöst werden, sondern von den europäischen Völkern, weil es seiner Ansicht nach spezifisch europäische Probleme gibt, in die sich die andern Völker zweckmäßigerweise nicht einmischen sollen. Der Völkerbund soll sich nach der Ansicht der Vertreter der Vereinigten Staaten von Europa auf die Fragen der allgemeinen Weltverflochtenheit zurückziehen, da es ein Unding sei, die Mitentscheidung von rein europäischen Schicksalsfragen in die Hände von Chinesen, Japanern, Südafrikanern und anderer außereuropäischer Völker zu geben. Der Völkerbund hat auch in Art. 21, der die amerikanische Monroedoktrin anerkennt, Europa die Möglichkeit gegeben, sich zu föderieren.

So haben wir gesehen, daß die Paneuropabewegung aus mannigfachen Gründen begrüßt wird und daß recht verschiedenartige Ideen, die an sich gerade oft einander widersprechen und entgegengesetzt sind, diese Bewegung erfüllen. Liberale, Pazifisten, Sozialisten, Imperialisten, Kapitalisten und Katholiken

62) Vgl. „Paneuropa" 2, 4, S. 28.

vertreten hier ihre Ideen. Ein jeder, der diese Bewegung begrüßt, sei er Sozialist oder Kapitalist, sei er Pazifist oder Imperialist, erhofft von der Europäischen Zollunion bzw. von den Vereinigten Staaten von Europa mehr oder weniger die Verwirklichung gerade seiner Ideale.

6. Hauptabschnitt.

Betrachtung der Schwierigkeiten, die sich der Schaffung der europäischen Zollunion in den Weg legen.

Kommen wir nunmehr zur Kritik Paneuropas und der Europäischen Zollunion vom gesamteuropäischen Standpunkt. Es kann zunächst nicht bestritten werden, daß sich der Gründung einer Europäischen Zollunion oder gar der Vereinigten Staaten von Europa erhebliche und zahlreiche Schwierigkeiten in den Weg legen, die auch zum großen Teil von den Anhängern dieser Idee zugegeben werden, nur halten die Vertreter der paneuropäischen Idee diese Schwierigkeiten für größtenteils überwindlich, während die Gegner des europäischen Zusammenschlusses diese Schwierigkeiten für unüberwindlich erklären. Ein großes Hindernis für den europäischen Zusammenschluß bereiten vor allem die historisch und geopolitisch begründeten nationalen und staatlichen Verschiedenheiten und Gegensätze innerhalb Europas. Zweifellos besteht eine europäische Kulturgemeinschaft und zweifellos denkt und empfindet die europäische Gemeinschaft in vielen Hinsichten ziemlich gleich, aber die europäische Gemeinschaftsgesinnung dürfte doch noch fehlen und das Nationalitätsbewußtsein noch sehr stark sein. Wenn auch die Atmosphäre des Hasses, des Mißtrauens und der Mißgunst innerhalb der europäischen Völker gerade in der letzten Zeit mehr einer Atmosphäre der politischen Verständigung gewichen ist, so dürfte diese Entwicklung doch noch nicht so weit gediehen sein, daß die europäischen Völker heute für die Vereinigten Staaten von Europa reif sind. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß irgend ein Staat sich ohne weiteres bereit erklären wird, seine Sprache zu Gunsten einer andern in Gesetzen, Schule und Kirche zu opfern, es ist auch ein alter politischer Erfahrungssatz, daß kein Volk der Erde, mit Ausnahme weniger, zahlenmäßig und politisch unbedeutender, reif genug ist, um auch nur einen Teil seiner Souveränität zu Gunsten einer überstaatlichen Organisation zu opfern. Daher werden sich wohl

praktisch von diesem Gesichtspunkte aus auch der allerklügsten Organisation der Vereinigten Staaten von Europa viele Schwierigkeiten in den Weg legen, denn ohne daß die europäischen Staaten einen Teil ihrer Souveränität aufgeben, lassen sich diese naturgemäß nicht begründen.

Aber abgesehen von diesen psychologischen Momenten bestehen auch zahlreiche rein wirtschaftliche Schwierigkeiten zur Gründung der Europäischen Zollunion. Es ist zu beachten, daß heute in Europa die Staaten sich noch in einem teilweise völlig verschiedenen Entwicklungsstadium befinden, daß es hier neben den älteren und entwickelteren ganz junge gibt, die sich kaum abhalten lassen werden, selbst solche Waren herzustellen, die scheinbar von den älteren Ländern besser und billiger geliefert werden können. Diese jungen Länder in Europa werden kaum mit dem Entwicklungsstadium, in dem sie sich heute befinden, und den Produktionszweigen, die sie heute ausgebildet haben, zufrieden sein, sondern sie werden voraussichtlich bemüht bleiben, neue Industrien zu schaffen, um zu einem höheren Entwicklungsstadium zu gelangen, auch wenn ihnen augenblicklich die anderen älteren europäischen Länder gewisse Erzeugnisse ausreichend, besser und billiger zu liefern vermögen. Diese Länder werden also sehr schwer zu bewegen sein, ihre Schutzzölle herabzusetzen oder aufzuheben. Auch sonst bestehen zwischen den einzelnen europäischen Staaten noch große Verschiedenheiten in den Produktionsverhältnissen, die vor der Schaffung der Zollunion erst beseitigt werden müssen, damit kein unlauterer Wettbewerb zwischen den europäischen Staaten stattfinden kann. Ferner bilden die immer noch bestehenden Währungsunterschiede, die ein Valutadumping einzelner europäischer Staaten zur Folge haben, eine große Schwierigkeit. Bevor nicht alle Währungen der zusammenzuschließenden europäischen Staaten vollständig stabilisiert sind, ist naturgemäß an einen zollpolitischen Zusammenschluß der europäischen Staaten nicht zu denken. Die Konzentration der Erzeugung an den günstigsten Produktionsstätten setzt überdies voraus, daß die arbeitslos gewordenen Massen der Arbeiter dorthin umsiedeln können. Auch diese durch die Zollunion notwendig werdende Umsiedlung der europäischen Arbeiter stellt sich als eine Schwierigkeit dar, da in Europa die Freizügigkeit im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten durch Sprache und Verschiedenheit der seelischen Einstellung teilweise unterbunden wird. Von den Gegnern der Europäischen Zollunion werden jedoch diese soeben geschilderten Schwierigkeiten nicht nur für überwindlich gehalten, sondern viele halten außerdem, selbst wenn sich die Ueberwindung dieser Schwierigkeiten ermöglichen ließe, die Europäische Zollunion nicht einmal für ein erstrebenswertes Ziel. So steht beispielsweise

Professor Eulenburg auf dem Standpunkt, daß die Hoffnungen, die man allgemein an die Europäische Zollunion knüpft, also eine Erweiterung des Marktes, eine Ueberwindung der Krise, eine Erhöhung der wirtschaftlichen Produktivität u. ä. nicht von ihr erfüllt werden könnten. Er steht auf dem Standpunkt[63]), daß das Wesen der Europäischen Zollunion nicht die europäische Zusammenarbeit sei, die schon von selbst und viel besser in zunehmendem Maße von mehr privaten Vereinbarungen vor sich gehe, sondern das Wesen der Europäischen Zollunion, so meint er, sei der zoll- und handelspolitische Zusammenschluß. Von diesem jedoch könne man keine Besserung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse erwarten. Der Hinweis auf Amerika sei vollständig verfehlt, weil hier nicht die Größe des Marktes ausschlaggebend sei, sondern vielmehr die gesteigerte Kaufkraft und der gesteigerte Absatz, die hier vor allem herbeigeführt würden durch den natürlichen Reichtum des Landes an wertvollen Bodenerzeugnissen und an dem Vorhandensein einer höchst fähigen und energischen Kolonialbevölkerung. Der natürliche Reichtum und die besondere Fähigkeit wie in Amerika jedoch fehlt nach Eulenburgs Ansicht in Europa und daran könne auch ein Fortfall der inneren Zollschranken und ein wirtschaftlicher Zusammenschluß nichts ändern. Die Industrieländer würden auch ohne entgegenstehende Zollschranken nicht mehr Waren nach den andern Ländern absetzen, weil die bloße Beseitigung der Zollschranken in keiner Weise die Absatzfähigkeit und die Kaufkraft der europäischen Bevölkerung steigere. Zur Bekräftigung seiner Kritik führt Eulenburg den englischen Balfour-Bericht „Survey of Overseas Markets" an, der für die englische Industrie zu dem Ergebnis kommt, daß die Minderung der Ausfuhr nicht oder nur zum kleinsten Teil auf den Widerstand der fremden Zölle, sondern auf die Verringerung der Kaufkraft zurückzuführen ist, die aus ganz anderen Momenten erfolgt ist, nämlich aus dem Fehlen des Kapitals, um Unternehmungen ins Leben zu rufen, aus dem Verfall der Währungen, dem Rückgang der landwirtschaftlichen Erträgnisse u. a. Dieses, so meint Eulenburg, treffe nicht nur für England, sondern auch für alle europäischen Staaten zu. Die Zollunion bedeute nicht nur keinen Vorteil, sondern sogar eine Gefahr für Europa. Für die schwächeren Volkswirtschaften stelle sie eine Bedrohung dar, für die stärkeren einen Hemmschuh, der kaum tragbar sei, weil auf die schwächeren Länder immer Rücksicht genommen werden müsse, um sie überhaupt zu einem Bündnis zu bewegen.

---

63) Vgl. F. Eulenburg, Gegen die Idee der Europäischen Zollunion in dem Sammelwerk von Hans Heimann.

7. Hauptabschnitt.

Darstellung der seit dem Weltkriege bereits bestehenden Ansatzpunkte zur Bildung von Zollunionen oder Wirtschaftsgemeinschaften innerhalb Europas.

Aus den zahlreichen Schwierigkeiten, die der Verwirklichung einer Europäischen Zollunion im Wege stehen, muß man schließen, daß die Bildung derselben auf lange Sicht voraussichtlich nicht möglich sein wird, und daß sie sich allenfalls nur ganz etappenweise würde durchführen lassen. Inwieweit finden sich nun nach dem Weltkriege bereits Ansatzpunkte zur Erreichung dieses Zieles? Hier wären zunächst die zahlreichen europäischen internationalen Kartelle und Wirtschaftsabkommen aufzuführen, die besonders in den letzten Jahren erfolgten. Die Gründung derartiger Kartelle und Abkommen kann man deswegen als eine Etappe zur europäischen Wirtschaftsverständigung und Wirtschaftseinigung bezeichnen, weil sie den Weg zur Europäischen Zollunion durch Verminderung des Konkurrenzdruckes, gleichmäßigere Verteilung, Nivellierung der Herstellungs- und Absatzbedingungen ebnen. Der Markt wird auf diese Weise erweitert und gesichert, es findet vor allem eine Rayonnierung des Absatzes statt. Es ist eine solche Bildung von internationalen Kartellen auch wohl die einzig praktische Möglichkeit, Prohibitivzölle zu ersparen. Wie zum Beispiel die Rohstahlgemeinschaft beweist, hat es heute die belgische Eisenindustrie ebensowenig nötig, einen Schutzzoll zu fordern wie die deutsche, da ihr hierdurch nicht nur das Absatzgebiet sondern auch die Produktionsquote gesichert ist.

Als solche internationalen Kartelle und Wirtschaftsvereinbarungen mögen hier folgende als Beispiel aufgeführt werden: Das Uebereinkommen zwischen der französischen und deutschen Kaliindustrie, das Abkommen über den Eisenbahnschienen-Absatz zwischen Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Luxemburg, das Abkommen über bestimmte Arten von Röhren zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei, England, Frankreich, Belgien und Polen, das Abkommen über Holzschrauben, welches bereits von sämtlichen europäischen Staaten unterzeichnet ist, das Abkommen der Emailleindustrie zwischen Deutschland, Oesterreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, und Polen, der Zusammenschluß der europäischen Flaschenfabrikanten, das europäische Leimsyndikat, die Benzolunion zwischen Deutschland, England, Frankreich und Belgien, die äußerst wichtige Gründung der Rohstahlgemeinschaft zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg sowie die europäische Linoleumkonvention zwischen England, Frankreich,

Deutschland, Italien, Schweiz, Belgien, Holland, Schweden und Estland. Auch die deutsch-englischen Industriebesprechungen im Oktober 1926 in Romsey dürften in diesem Zusammenhang zu erwähnen sein. Ebenso das deutsch-französische Verständigungskomitee, das 1926 von führenden deutschen und französischen Industriellen gegründet wurde und eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich erstrebt, wäre hier aufzuführen.

Als ein weiterer Ansatzpunkt kann die Genfer Weltwirtschaftskonferenz bezeichnet werden, die im Frühjahr 1927 stattfand [64]). Als Vater dieser Konferenz ist Louis Loucheur, der im Jahre 1925 im Völkerbund den Antrag stellte, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, wobei er aber nicht so sehr an die Wirtschaft der ganzen Welt, sondern insbesondere an diejenige Europas gedacht hat. Walter Runzinan hat auf der Konferenz auch ausgesprochen, daß man sich bei der Vorbereitung derselben allein von dem Gedanken an Europa habe leiten lassen, dessen Handel besonders aus diesem oder jenem Grunde gelähmt sei. Trotzdem wurde am Tage vor der Eröffnung der Konferenz bei der Besprechung der wichtigsten Delegierten prinzipiell festgelegt, daß alles vermieden werden solle, um irgend welche Beschlüsse zu fassen, die nicht streng international, also weltumspannend seien. Hiermit wurden demnach Beschlüsse, die auf rein kontinentale Abmachungen abzielten, unmöglich gemacht. Daraus ergibt sich auch, daß auf der Konferenz die Probleme Paneuropa oder Europäische Zollunion nicht ernstlich erwähnt, höchstens nur ganz kurz gestreift worden sind. Die Beschlüsse und Empfehlungen, die dort ausgesprochen wurden, waren vielmehr ganz allgemein international gehalten und sollten ebenso für die übrige Welt wie für Europa selbst gelten, wenngleich sich auch nicht leugnen läßt, daß ein großer Teil der Beschlüsse speziell auf europäische Verhältnisse zugeschnitten ist. Es dürfte jedoch aus der ganzen Einstellung der Weltwirtschaftskonferenz hervorgehen, daß sich die führenden Wirtschaftsleute, die dort vertreten waren, im allgemeinen darüber einig sind, daß die Bildung der Europäischen Zollunion noch eine Utopie ist, an deren Verwirklichung jedenfalls augenblicklich noch nicht im entferntesten gedacht werden kann, denn tatsächlich ist wohl noch niemals die Möglichkeit eines internationalen Bekenntnisses zur Lösung der Weltkrise durch Paneuropa bzw. eine Europäische Zollunion so nahe und so leicht möglich gewesen wie auf dieser Konferenz. Kein Wunder, daß die

64) Vgl. zum folgenden Respondek, Verlauf und Ergebnis der internationalen Wirtschaftskonferenz. O. Deutsch, Weltwirtschaftskonferenz in Paneuropa 3, 6.

Anhänger der Europäischen Zollunions-Idee von dem Ergebnis dieser Konferenz, von der sie sich wohl sehr viel versprochen hatten, stark enttäuscht sind und dies auch teilweise unverhohlen zum Ausdruck gebracht haben. Man kann aus dem Ergebnis dieser Konferenz jedenfalls ersehen, wie fern tatsächlich noch das Ziel Paneuropa ist. — Was tatsächlich auf der Konferenz auf handelspolitischem Gebiet erreicht ist, sind Empfehlungen an die Regierungen und die verantwortlichen Stellen, wieder mehr zum freieren Handel überzugehen. Als Mittel hierzu werden zunächst vor allem als geeignet bezeichnet: Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote, Beseitigung der staatlichen Privilegien, die einzelne Unternehmungen befähigen, mit den entsprechenden ausländischen Unternehmen in unlauteren Wettbewerb zu treten, Vereinheitlichung der Zolltarife durch Schaffung einer systematischen Zollnomenklatur, Schaffung möglichst langfristiger Handelsverträge, Beseitigung der übermäßig hohen Zolltarife. Aber selbst bei diesen Empfehlungen war man sich auf der Konferenz nicht im Unklaren darüber, daß die Verwirklichung derselben noch einen Zeitraum von 10—20 Jahren in Anspruch nehmen werde. Auch hieraus mag man ersehen, als wie unendlich schwierig erst die praktische Durchführung der Europäischen Zollunion bezeichnet werden muß und welch ein Zeitraum bis zu deren Verwirklichung noch liegen würde, selbst wenn man sie allseitig wünschen und empfehlen würde.

Wie schwierig übrigens die praktische Durchführung einer Zollunion selbst zwischen zwei Staaten, die außerdem noch eine weitgehende Uebereinstimmung in den natürlichen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen aufweisen, beweist das Problem Lettland-Estland als Zollunion [65]). Da diese beiden Staaten bis zu dem Weltkriege gemeinsam zu Rußland gehörten, so ergibt sich schon daraus, daß sich die Wirtschaften in diesen Staaten nicht grundverschieden entwickeln konnten. Aber auch sonst sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen beider Länder infolge gleicher natürlicher Grundlagen fast vollständig einheitlich. Infolge der Gleichheit der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse und infolge der Tatsache, daß diese Staaten wegen ihrer Kleinheit gegenüber Sowjet-Rußland und den Staaten des Westens verhältnismäßig bedeutungslos sind, ergab sich das verständliche Bestreben, eine enge wirtschaftliche Einheit zu bilden. Zunächst wollte man den großen Randstaatenbund (Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland) schaffen. Hierbei ergaben sich jedoch derartig große Schwierigkeiten, daß man sich schließlich entschloß, Polen und Finnland auszuschließen und nur den sogen. „Kleinen

65) Vgl. Prof. H. J. Seraphim, Lettland und Estland.

Baltischen Staatenbund" (Lettland-Estland-Litauen) zu gründen. Auf der Revaler Konferenz im Juli 1921 stellte sich jedoch heraus, daß mit Litauen infolge seiner reservierten Haltung ein solcher Staatenbund tatsächlich nicht verwirklicht werden konnte, so daß seit dieser Zeit nur noch Lettland und Estland ernstliche Bestrebungen zeigten, eine Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden. Es wurde jetzt zunächst im September 1921 in Riga eine Konferenz abgehalten, in der man zu dem Ergebnis kam, daß eine Zollvereinheitlichung einstweilen nur zwischen Lettland und Estland möglich sei. Diese Vereinigung solle sich sowohl auf die inländischen wie auf die ausländischen Erzeugnisse beziehen. Zur Durchführung dieses Planes, so wurde beschlossen, sollen zuvörderst die Zolltarife in Einklang gebracht werden, wobei der Goldfrank als Grundlage genommen werden soll. Bei der Ausarbeitung von Bestimmungen und Tarifen sollen die gemeinsamen Wirtschaftsinteressen beider Länder maßgebend sein, auch sollen die fiskalischen Interessen jedes einzelnen Staates berücksichtigt werden. Im Anschluß an diese Konferenz wurde im November 1922 ein Handelsvertrag unter dem Titel „Vorvertrag über die Wirtschafts- und Zollunion zwischen Lettland und Estland" geschlossen. Nach diesem Vertrage sollten beide Regierungen gemischte Kommissionen auf paritätischer Grundlage ernennen, die die Aufgabe haben, eine unifizierte Zollgesetzgebung für beide Länder zu schaffen. Diese gemeinsamen Zolltarife sollten dann die beiden Staaten ratifizieren, darauf sollten die Produktionen der Landwirtschaft und Industrie beider Staaten auf dem Territorium des andern Staates von allen Ein- und Ausfuhrzöllen befreit werden. Jedoch sollten die Zollgrenzen zwischen den beiden Staaten noch nicht aufgehoben werden, weshalb die Auffassung vertreten wird, daß man noch keinen Grund habe, hier von einer „Zollunion" zu sprechen, erstrebt wird vielmehr nur die Vereinheitlichung beider Zolltarife und nach deren Inkrafttreten die Zollfreiheit der Landesprodukte beider Länder. Jedoch war die Verwirklichung dieses Gedankens nicht so schnell möglich wie man sich das vorgestellt hatte und stieß in der folgenden Zeit auf große Schwierigkeiten, die vor allem darauf zurückzuführen sind, daß man in Lettland stark die Konkurrenz der estländischen, nicht durch den Krieg zerstörten Industrie, die infolgedessen leistungsfähiger geworden war, fürchtete, während man andererseits in Estland die Holzeinfuhr fürchtete, da sich hinsichtlich der Holzbearbeitung wieder Lettland in einer günstigeren Position befand. Es würde sich demnach durch diese Zollvereinheitlichung eine interbaltische Arbeitsteilung herausbilden, die zwar vom volkswirtschaftlichen Standpunkt beider Länder als das Gegebene zu bezeichnen wäre, jedoch bei den einzelnen Privat-

wirtschaften auf Schwierigkeiten stieß. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich aus dem Handelsneid zwischen Riga und Reval, aus dem Wegfall der Zolleinnahmen, der Frage der Regelung der Staatsmonopole sowie durch die bestehende Verschiedenheit der beiden Währungen, die noch nicht in gleicher Weise konsolidiert waren. Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten traten dann noch politische hinzu, die vor allem auf die Machenschaften Polens zurückzuführen sind, das stets versucht hat, einen Zusammenschluß beider Staaten zu verhindern. Es ist dann lange Zeit nicht gelungen, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, so daß man Mitte 1926 schon annahm, daß die lettländische-estländische Wirtschaftsvereinigung endgültig verpaßt sei. Jedoch haben die Verhandlungen des Jahres 1926 am 5. Februar 1927 zur Unterzeichnung eines Vertrages geführt, der folgende Bestimmungen enthält: Es wird eine gemischte Kommission gebildet, deren Aufgabe es ist, die Vorarbeiten einer lettländisch-estländischen Zollunion durchzuführen. Dazu gehören folgende Arbeiten: Die Ausarbeitung eines gemeinsamen lettländisch-estländischen Zolltarifs, die Vereinheitlichung der Zollgesetzgebung, die Vereinbarungen beider Staaten in Bezug auf Monopole, die Vereinheitlichung des Transportwesens, die Frage der Zolleinnahmen, die Ueberprüfung sämtlicher Handelsverträge, die Arbeitsschutzgesetzgebung u. v. a. m. Die Arbeiten dieser Kommission sollen spätestens nach 1½ Jahren vollendet sein, der Zolltarif selbst sollte dann nach weiteren 3 Jahren eingeführt werden. Es sollen also nach spätestens 4½ Jahren die lettländisch-estländischen Grenzen dem zollfreien Verkehr geöffnet werden. Zu beachten ist, daß Estland sich bei diesen Verträgen auch auf den Boden einer völligen Zollunion gestellt hat. Die Konvention zielt darauf hinaus, den Boden für eine Zollunion langsam vorzubereiten.

Wir sehen aus dieser ganzen historischen Betrachtung, wie schwierig es selbst zwischen den beiden Ländern Estland und Lettland, die die gleichen wirtschaftlichen Grundlagen und Voraussetzungen haben und bei denen der Plan der Zollunion als erstrebenswertes Ziel angesehen wird, ist, eine solche Zollunion endgültig zu schaffen. Seit 1922 bereits schweben Verhandlungen und ernste Bestrebungen darüber, ohne daß ein tatsächlicher praktischer Erfolg in dieser Richtung zu verzeichnen gewesen ist. Was bisher erreicht ist, sind immer nur noch Vorverträge, die erst den Boden für eine solche Zollunion vorbereiten sollen. Welche mannigfaltigen Schwierigkeiten müssen sich da erst in den Weg legen, wenn eine Europäische Zollunion geschaffen werden soll, wo es sich doch zweifellos um Staaten handelt, die teilweise ganz verschiedene wirtschaftliche Entwicklungsstufen aufweisen, und die auch teilweise dazu noch in starkem politischen Gegensatz zuein-

ander stehen. Schon die Tatsache allein, daß hier statt zwei Staaten 36 Staaten unter einen Hut zu bringen sind, läßt erkennen, welch unüberwindliche Schwierigkeiten hier im Wege stehen würden.

Ein ähnliches Beispiel bildet das Problem Deutschland-Oesterreich als Zollunion. Auch hier bestehen, wie wir bereits in einem vorigen Kapitel gesehen haben, seit langem Bestrebungen beider Länder, eine Wirtschaftsgemeinschaft zu errichten, auch hier ist in ganz besonders ausgeprägtem Maße ein starkes Verwandtschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl vorhanden; aber auch hier ist es bisher zu greifbaren Ergebnissen nicht gekommen. Man ist sich auch darüber einig, daß das einzige, was hier in absehbarer Zeit erreicht werden kann, eine Annäherung der Zolltarife, eine Annäherung der Wirtschaftspolitik, eine gemeinsame Konferenz verwaltungstechnischer Reformen u. ä. ist. Was bisher in dieser Beziehung tatsächlich erreicht ist, dürfte die deutsch-österreichische Verkehrsangleichung sein, die als Ergebnis der Vorbesprechung in Wien vom Herbst 1926 und den Gmündner Besprechungen vom Juli 1928 zu verzeichnen ist. Es werden nunmehr die Ausführungsbestimmungen im Sinne der durch die neue Eisenbahnverkehrsordnung vollzogenen rechtlichen Angleichung sowohl nach Ausdrucksweise wie nach Inhalt in Deutschland und Oesterreich annähernd übereinstimmen. Die vereinbarten Ausführungsbestimmungen werden durch Herausgabe der allgemeinen Personen- und Gütertarife mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 veröffentlicht. Zu bemerken wäre aber, daß zwischen diesen beiden Staaten noch nicht einmal ein endgültiger Handelsvertrag zustande gekommen ist, sondern daß die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern durch einen vorläufigen Handelsvertrag vom Jahre 1920 und durch Zusatzverträge aus den Jahren 1924, 1925 und 1926 geregelt sind.

Als weiterer Ansatzpunkt zur Bildung der Europäischen Zollunion, aber auch als weiteres Beispiel für die Schwierigkeit der Durchführung derselben sei noch Danzig-Polen[66]) angeführt. Dieses Beispiel ist zwar nicht ganz für unsere Zwecke geeignet, weil es sich hier um eine Zwangsvereinigung handelt, die durch den Versailler Vertrag diktiert ist. Immerhin gibt gerade diese Vereinigung die Schwierigkeiten wieder, die für den kleineren Staat bestehen, der sich mit einem größeren zu einer Zollunion verbinden will, es ergibt sich hier, wie sehr die Wirtschaft des kleineren Staates derjenigen des größeren untergeordnet wird. Auch treten hier insbesondere die Schwierigkeiten in den Vordergrund, die sich bei einer Zollunion hinsichtlich des Zollvertei-

66) Vgl. Funk, Die Danzig-Polnische Zollunion.

lungsschlüssels ergeben. Man ist jedenfalls in Danzig mit der diesbezüglichen Regelung durchaus nicht zufrieden, hat sich stets darüber beschwert und die Frage gestellt, ob es nicht möglich gewesen wäre, hinsichtlich der Regelung der Beziehung zwischen Danzig und Polen einen leichter tragbaren Modus zu finden, der Danzigs Lebensrechte, die es durch die Zollunion als gefährdet ansieht, mehr Rechnung getragen hätte. Die Grundlage für die Danzig-Polnische Zollunion bildet Artikel 107 des Versailler Vertrages, in dem bestimmt ist, daß Danzig in das polnische Zollgebiet aufgenommen wird. Entsprechend dieser Bestimmung wurde der Vertrag zwischen Danzig und Polen mit der Pariser Konvention vom 15. November 1920 abgeschlossen und am 10. Januar 1922 wurde die Zollunion praktisch wirksam und schließlich Danzig auch wirtschaftlich vom Mutterlande endgültig abgetrennt... Was hier besonders beachtenswert ist, ist die Tatsache, daß es sich bei Danzig und Polen um zwei wirtschaftlich und kulturell in wesentlich verschiedenen Entwicklungsstufen befindliche Gebiete handelt. Danzig ist industriell, Polen mehr agrarisch eingestellt, Danzig betreibt intensive, Polen noch völlig extensive Landwirtschaft, weshalb die Danziger Landwirtschaft durch die Zollfreiheit schwer geschädigt wurde und gezwungen war, sich völlig umzustellen. Auch hinsichtlich der Höhe der Arbeitslöhne sowie der sozialen Gesetzgebung bestehen mannigfache Unterschiede, so daß die Konkurrenzverhältnisse zwischen den beiden Staaten recht ungleich sind, und Danzig in dieser Hinsicht infolge der kulturell höher stehenden Arbeiter, die anspruchsvoller sind und höhere Löhne beziehen, sehr benachteiligt ist. Der polnische Zolltarif selbst ist recht mangelhaft beschaffen, was sich daraus erklärt, daß er eng dem alten russischen Zolltarif nachgebildet ist und dessen Fehler und Unvollkommenheiten übernommen hat. Ebenso lästig wie dieser unvollkommene Zolltarif wird von Danzig die Handhabung des Zolltarifs empfunden, der von den häufig wechselnden Ministern abhängig ist. Auch die Höhe des polnischen Zolltarifs muß als hyperprotektionistisch bezeichnet werden und wird von Danzig stark bemängelt und als schwerwiegender Nachteil empfunden. Schon der normale polnische Zolltarif ist von einer Höhe, die sich nur durch das Bestreben Polens, die eignen Erzeugnisse zu schützen, begreifen läßt, Da fast alle Fertigfabrikate mit hohen Zöllen belastet sind, bringt das eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung mit sich. Verbunden ist damit selbstverständlich eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Danziger Industrie auf den ausländischen Märkten. Schwer gelitten hat Danzig insbesondere durch den deutsch-polnischen Zollkrieg, durch den die Einführung für fast alle Produkte deutschen Ursprungs verboten wurde. — Der Einfluß Danzigs

auf die Zollgesetzgebung ist verhältnismäßig gering, insbesondere hat Danzig auf die außenpolitische Zollgesetzgebung einen unmittelbaren Einfluß bisher überhaupt nicht gehabt, da es in dem beratenden Zollkomitee nur schwach vertreten ist und direkt einen Einfluß auf die Gestaltung internationaler Verträge nicht besitzt. — Auch hinsichtlich des Zollverteilungsschlüssels werden von Danzig große Klagen erhoben. Es wird hier geltend gemacht, daß Danzig im Verhältnis zu seiner Bevölkerung ungleich höhere Zollverwaltungsausgaben habe und daß außerdem noch die Konsumkraft der Danziger Bevölkerung infolge größeren Wohlstandes und höher entwickelter Kultur um ein vielfaches höher sei als in Polen. Auch in dieser Beziehung ist bisher ein Schlüssel, der von beiden Seiten als gerecht angesehen wird, nicht gefunden worden, vielmehr sind in Danzig zahlreiche Wünsche und Vorschläge hinsichtlich eines gerechten Zollverteilungsschlüssels laut geworden. — Wir sehen also gerade an diesem Beispiel deutlich, wie die Wirtschaft des kleineren Staates hier offensichtlich der des größeren untergeordnet wird, wir ersehen aber auch insbesondere, daß eine Zollunion keineswegs einen beide Teile in gleicher Weise befriedigenden Zustand darstellt.

Schlußbetrachtung.

Wir haben aus den letzten beiden Kapiteln insbesondere entnehmen können, daß die Schwierigkeiten, die der Gründung eines wirtschaftlich und politisch geeinten Europas im Wege stehen, sehr erheblich sind und daß, wenn eine Europäische Zollunion einmal zustande kommen sollte, diese sich allenfalls nur etappenweise durchführen lassen würde. In absehbarer Zeit dürfte jedenfalls an eine Erreichung dieses Zieles nicht zu denken sein. Was aber erreicht werden kann und was vom Standpunkt der europäischen Volkswirtschaft unbedingt begrüßt werden muß, ist eine so weit als möglich gehende Verständigung der europäischen Völker auf wirtschaftlichem, politischem und geistigem Gebiet. Wenn auch das paneuropäische Programm einen utopischen Eindruck macht und heiß umstritten wird, so muß es doch insofern begrüßt werden, als es an einer weitgehenden Verständigung der europäischen Völker und der europäischen Wirtschaften arbeitet. Die Paneuropäer und Anhänger der europäischen Zollunions-Idee können demnach große Strecken Weges gemeinsam auch mit denjenigen gehen, die Paneuropa an sich nicht begrüßen, die jedoch eine Verständigung der europäischen Völker für erstrebenswert halten.

Lebenslauf.

Ich bin am 10. März 1904 zu Florweg, Kr. Labiau (Ostpr.), als Sohn des verstorbenen Staatsförsters Heinrich Blaesner und seiner Ehefrau Ida, geb. Trübe, geboren. In Königsberg (Pr.) besuchte ich die Bessel-Oberrealschule und bestand dort im Frühjahr 1923 das Abiturientenexamen. Darauf ließ ich mich an der Albertus-Universität zu Königsberg immatrikulieren, um Volkswirtschaft und Jura zu studieren und legte dort im Sommer 1926 die volkswirtschaftliche Diplomprüfung ab. Zum Sommersemester 1928 ging ich zur Universität Rostock und promovierte hier am 21. Dezember 1928 zum Doktor der Staatswissenschaften.